

Erstein täglich außer Montags.
Abonnements-Preis für Berlin:
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Wochenschrift-Beilage „Neues
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Verordng. -Verzeichn.
für 1892 unter Nr. 652.

Insertions-Gebühr beträgt für die
fünftägige Zeitdauer oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Verlags-Druckerei
Am 1. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 23. April 1892.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

Die Proletarier im Handelsgewerbe.

Noch bis vor kurzer Zeit glaubten die Gehilfen der Kaufmannschaft, daß eine weite Kluft sie von den Arbeitern trenne, daß ihre Stellung hoch über die der Arbeiter hinausrage, daß sie zu den gebildeten und besthenden Klassen gehören, daß sie den sozialen Rang der Bourgeoisie einnehmen, daß ihr Verhältnis zu dem Geheimen Kommerzienrath und Millionär etwa dem des Portepeschführers oder Lieutenant zum General entspreche, daß trotz der Rangverschiedenheit und der Subordination doch auf gesellschaftlicher Gleichheit beruhe. Wenn auch die Thatsachen dieser Einbildung widersprachen und besonders in der letzten Zeit vielen jungen Kaufleuten die Augen öffneten, so hielt die überwiegende Masse derselben doch immer den Wahn fest, und der Haupt-Redner der Bourgeoisie und des Kapitalismus, Herr Eugen Richter, konnte nicht heftig genug auf die jungen Kaufleute schimpfen, die den Schleier dieses Wahns von sich bereits abgestreift hatten. Nun, unsere kapitalistische Entwicklung ist ganz dazu angethan, auch der Mehrheit die Augen zu öffnen, zumal die Unternehmer, die Herren Chefs und Prinzipale, sich gar nicht mehr die Mühe geben, ihren Leuten, den Kommis oder Gehilfen, zu verbergen, daß sie nichts weiter als Lohnsklaven seien, und daß der einzige Unterschied zwischen ihnen und den Arbeitern der sei, daß man auf die letzteren wenigstens aus Furcht Rücksichten zu nehmen habe, deren es gegenüber dem Handlungsgehilfen nicht bedarf.

Vor uns liegt die Geschäftsordnung der Firma Gerjon u. Co. Ihr Inhaber Freudenberg ist zugleich der Erwerber des „Kaiserbazar“, der zu einer Aktien-Kommanditgesellschaft Gerjon und Ko. umgewandelt ist, und als dessen Direktoren Freudenberg und seine zwei Söhne fungieren. In dem alten Geschäft sind 250, in der Aktien-Kommanditgesellschaft 600 Angestellte. Für alle diese gilt folgende Geschäftsordnung:

1. Jeder neu Angestellte hat sich sofort bei seinem Eintritt in das Geschäft bei dem Kontrolleur zu melden und daselbst seinen Namen, Wohnort und Stand seiner Familie, sowie seine Wohnung mit Angabe der Wohnleute eintragen zu lassen.
2. Jeder Angestellte hat sich pünktlich bei Eröffnung des Geschäftstages einzufinden, und darf sich erst nach Schluß desselben entfernen. Die Tischzeit, welche je nach Bedürfnis gelegt wird, ist auf 1 1/2 Stunden festgesetzt.
3. Mit Rücksicht hierauf hat sich jeder Angestellte Morgens bei seinem Antritte, sowie bei seinem Gehen und Kommen Mittags beim Kontrolleur zu melden.
4. Wer sich nicht spätestens 5 Minuten nach festgesetzter Eröffnung des Geschäftstages, bezw. abgelaufener Tischzeit eingefunden hat, verfällt in eine Ordnungsstrafe von 50 Pf. Diese Strafgelder werden vom Gehalt abgezogen und fließen in die Personal-Krankenkasse.
5. Wer durch Krankheit oder sonst unverschuldet zeitweise dienstunfähig wird, hat Gehalt während dieser Zeit nur für die Dauer von höchstens 14 Tagen zu beanspruchen.

4. Jede Erkrankung ist sofort zu melden und unterwirft sich der Angestellte in allen Fällen der Untersuchung und Behandlung des jedesmaligen Geschäftsarztes; dieser entscheidet allein und endgiltig, ob Dienstunfähigkeit vorliegt.
5. Niemand darf andere Preise von den Käufern verlangen, als die auf dem an jeder Waare befindlichen Etiquette notirten. Niemand darf Geld von den Käufern in Empfang nehmen oder zurückgebrachte (Retour-) Waare annehmen. Vielmehr sind die betreffenden Kunden dieserhalb an die Kasse zu verweisen, welche ausschließlich zum Geldempfang und zur Annahme von Retour-Waaren berechtigt ist.
6. Niemand darf für eigene oder fremde Rechnung Waaren aus dem Geschäft kaufen, es sei denn, daß dies ausdrücklich im Einzelfalle von den Chefs derart genehmigt wird, daß der dann vom Abtheilungschef auszustellende Verkaufszettel von einem der Chefs gegengezeichnet wird. Die Waaren werden in diesem Falle zum ausgezeichneten Einkaufspreis berechnet.
7. Rauchen oder Anzünden von Zigarren, Zigaretten u. innerhalb der ganzen zum Geschäft gehörigen Räumlichkeiten ist strengstens untersagt.
8. Jeder Angestellte hat bei jedem Ein- und Ausgange nur das für das Personal festgesetzte Portal zu passieren und hat seine Garderobe stets in den dazu angewiesenen Räumen abzuliegen.

Diese Geschäftsordnung ist ebenso wohl interessant durch das, was darin steht, als auch durch das, was sie genau auszusprechen sich scheut. Der § 3 hebt die Bestimmung des Handels-Gesetzbuches auf, wonach der erkrankte Gehilfe für 6 Wochen sein Gehalt zu beanspruchen hat. Als seiner Zeit die Rede davon war, die Krankenkassen-Zwangsversicherung auch für Berlin statutarisch einzuführen, wie stolz wiesen es die Korpphären der hiesigen Bourgeoisie als entwürdigend zurück, indem sie mit Stolz darauf hinwiesen, daß der Kommissar im Falle der Erkrankung schon durch das Handels-Gesetzbuch viel größere Ansprüche erlange, als die Zwangs-Krankensversicherung gewähre. Daß sich die Kaufleute aber mehr und mehr durch Privatvertrag von den Bestimmungen des Handels-Gesetzes frei machten, wurde als Ausnahme erklärt, während was in dieser Geschäftsordnung für 600 Gehilfen angeordnet ist, in fast allen größeren Geschäften bereits gilt. Neben § 3 ist dann noch der § 4 hervorzuheben. Nicht bloß der Untersuchung, sondern auch der Behandlung des Geschäftsarztes müssen sich die Angestellten unterwerfen. Während die Arbeiter überall für die freie Arztwahl kämpfen und in vielen Fällen sie bereits durchgesetzt haben, wird sie den 600 Angestellten Freudenberg's genommen.

Auch die Maßregeln der Kontrolle sind von Interesse. Das kam wohl schon immer vor, daß einzelne Handlungsgehilfen ihren Prinzipal bestahlen. Aber im allgemeinen glaubten doch die Handlungsgehilfen zu einer Gesellschaftsklasse zu gehören, bei der man das Stehlen nicht von vornherein voraussetzte. An den hier getroffenen Vorkehrungsmaßregeln wäre an sich nichts anzusetzen, aber die Art und Weise, in welcher sie in der Geschäftsordnung zum Ausdruck kommen, werden auf jeden noch ehrbewußten Gehilfen demüthigend im höchsten Grade wirken, und es ist nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Bestimmung, daß jeder Gehilfe sich

jeder Zeit untersuchen lassen müsse, ob er nichts gestohlen habe.

Um die Bestimmung über die Ordnungsstrafe für den Fall, daß ein Gehilfe sich fünf Minuten nach festgesetzter Eröffnung des Geschäftstages, beziehungsweise abgelaufener Tischzeit im Geschäft einfindet, recht zu wahren, muß man beachten, was offen auszudrücken sich Herr Freudenberg noch scheut, daß die Geschäftszeit nach Belieben von ihm festgesetzt wird. Jeder Angestellte hat sich pünktlich bei Eröffnung des Geschäftstages einzufinden und darf sich erst nach Schluß desselben entfernen. Falls der Prinzipal kommandiren würde: die Angestellten haben um 6 Uhr Morgens zu erscheinen, so haben sie Punkt 5 an Ort und Stelle zu sein; beliebt es ihm, sie noch nach Mitternacht im Geschäft zu halten, so müssen sie auch nach Mitternacht verbleiben. Die Tischzeit ist auf 1 1/2 Stunden festgesetzt und wird diese Zeit „je nach Bedürfnis“, d. h. nicht nach dem Bedürfnis des Gehilfen, also wenn er Hunger hat, sondern nach dem Bedürfnis des Prinzipals gelegt. In Zeiten lebhaften Verkehrs, etwa um die Weihnachtszeit, da wird die Mittagszeit vielleicht erst auf den späten Abend gelegt werden. Und bei Strafe nun ja nicht sich fünf Minuten verspäten! Einer der Angestellten, ein alter Herr, früher selbständiger Kaufmann, der mit 9000 M. Gehalt als „Chef“ der Teppichabtheilung des Kaiserbazar's fungirte, legte, wie man uns mittheilt, als auch ihm die neue Geschäftsordnung vorgelegt wurde, seine Stellung nieder, als seine Ehre entwürdigend. Wer aber von den anderen 850 Angestellten wird es bei der Unmasse beschäftigungsloser Handlungsgehilfen riskiren, um der „Ehre“ willen seinen Platz aufzugeben, zu dem sich hunderte hindrängen würden? Die Solidarität fehlt ihnen, und wo Arbeiter den Kampf aufzunehmen wagen dürfen, haben die Handlungsgehilfen zu befürchten, daß ihnen die eigenen Kollegen in den Rücken fallen.

Sehr lehrreich ist der Siegeszug des Herrn Philipp Freudenberg. In Elberfeld begann er ihn: von dort aus spann er sein Netz über eine ganze Reihe Städte, in denen er mit großem Pomp und noch größerer Klame Etablissements errichtete oder errichten ließ, überall eine Anzahl kleinerer Geschäftsleute niederziehend, bis er in Berlin das alte Gerjonsche Geschäft und jetzt den Kaiserbazar erwarb. Noch hat er seines Wachstums Gipfel nicht erreicht. Tausend selbständige Geschäftsleute hat er aus dem Sattel gehoben — man sieht, das Geschäft der Expropriation wird von der kapitalistischen Gesellschaft schon besorgt, so daß der Sozialdemokratie bei der Vergeßlichkeit der Gesamtproduktion wenig zu thun übrig bleibt — und tausend Gehilfen sozialisirt. Der Apostel der Spar-Agnes wird aber nach wie vor mit der gesamten Bourgeoisie den jungen Kaufleuten zurufen, daß der Kaufmannsstand nur durch größere Vorbildung gehoben werden könne. Die Uebelstände und Entbehrungen seien nur vorübergehend, und wenn die 850 Gehilfen des Herrn Freudenberg nur recht thätig und fleißig wären und dem Beispiel der Spar-Agnes folgen und dafür Sorge

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

193

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden
von H. Otto Walster.

Hank eröffnete die Sitzung und erinnerte zunächst an die festgesetzte Geschäftsordnung, worauf er die Deputirten aufforderte, ihre Stimmzettel, mit dem Namen des von ihnen gewünschten Vorstehenden versehen, abzugeben. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung ergaben sich alle Stimmen gegen eine für den Dr. Lange, der darauf ohne Weiteres die ihm zugewiesene Aufgabe übernahm und bemerkte:

„Sie werden sich vielleicht wundern, daß das „Volksblatt“ getrennt von der Buchdruckerei austritt, obwohl es eigentlich, als von der letzteren begründet, ihr Eigenthum zu sein scheint. Die Herren Buchdrucker aber meinen, daß hier bloße Buchdruckerarbeit nicht mehr vorliegt, daß auch ihre Arbeit allein nicht darin repräsentirt wird, sondern daß neben der geistigen Arbeit auch Steuern der übrigen Arbeiter zu dem Geschäftsgewinn beitragen. Nach gewöhnlicher kaufmännischer Rechnung würde allerdings den Buchdruckern als Unternehmern der Gewinn zufallen müssen, dieselben wollen aber ihre Arbeiterbrüder in be-
regter Weise nicht ausbeuten und wollen, nachdem ihnen ihre Auslagen und Opfer vergütet sind, fortan nur ihre Arbeit nach dem gewöhnlichen Satze bezahlt haben. Das Zeitungsgeschäft tritt also, da es vollständig für sich ein-

träglich ist, als selbständiges Zweiggeschäft in die allgemeine Genossenschaft mit ein.

Dieser Entschluß ist um so anerkannterwerth, als die Herren Buchdrucker gerade auf keinem Rosenlager gebettet sind. Aber das Prinzip ist jedenfalls richtig, und deshalb habe ich mich damit einverstanden erklärt; denn nur dem treuen Zusammenwirken aller Arbeiter und ihrer Freunde haben wir das unerhörte Resultat zu verdanken, daß das Zeitungsgeschäft schon nach dem ersten Quartal mit einem ausnehmenden Reingewinn abschließt. Diesen Reingewinn hätten wir nun nach den von uns getroffenen Bestimmungen theils dem Geschäft, theils der Kranken- und Invaliden-Kasse und endlich dem Fonds zur Vergrößerung oder Erweiterung der Genossenschaft zuzuwenden. Indessen ist das Zeitungsgeschäft in einer besonderen Lage. Der Betrag, welcher aus demselben auf die Buchdrucker und Buchbinder fällt, ist diesen durch die übliche Bezahlung in Bausch und Bogen zugekommen, die geistigen Arbeiter verzichten für diesmal aus ganz besonderen Rücksichten auf ihren Anteil, sowie für diesmal auf Zuführung des betreffenden Antheils in die Kranken- und Invaliden-Kasse. Wenn wir also von unserem Guthaben den entsprechenden Pflichttheil an den allgemeinen Fonds abführen, den wir der Ordnung wegen nicht beannden dürfen, so bleibt eine Summe übrig, die wir den entlassenen Arbeitern aus der Freundschaften Fabrik zukommen lassen möchten. Wenn Niemand etwas dagegen zu erinnern findet, werde ich diese Angelegenheit, da sie die Allgemeinheit weiter nicht berührt, als erledigt ansehen. Im Uebrigen läßt sich über den allgemeinen Stand unserer vereinigten Geschäfte das höchst erfreuliche Resultat konstatiren: die Arbeiter verdienen

mehr wie früher, kaufen ihre Bedürfnisse billiger ein, sind wegen ihrer Zukunft weniger besorgt und leben glücklicher. Können wir das schon nach so kurzer Zeit, unter so schwierigen Verhältnissen und in so beschränktem Wirkungskreise von uns sagen, wie klar tritt es da zu Tage, daß es nur am guten Willen Derer liegt, welche der nach Regulirung immer mehr verlangenden sozialen Frage gegenüber sagen: Es ist schlimm, aber es geht nicht anders.

Eine schwere Aufgabe steht uns noch bevor, die aber ungefümt ins Auge gefaßt werden muß. Sie Alle wissen, welche fürchterliche Tyrannei das Geld in unseren Tagen ausübt. Sie Alle haben unter dieser Herrschaft zu leiden gehabt, und noch sind wir ihr nur zu einem verschwindend kleinen Theile entwichen. Unser Genosse, Herr Frank, hat mir in diesen Tagen eine kleine Zeitschrift überreicht, auf welche Weise das Geld nach und nach aus der Welt zu drängen ist. Ich will Ihnen mit kurzen Worten den Inhalt und zugleich meine eigenen Gedanken hierüber mittheilen. Was ist Geld? Geld ist Vertreter von vorhandenen Werthgegenständen und als solcher zu gleicher Zeit ein Mittel, andere Werthgegenstände dafür einzutauschen. Das Geld zerfällt in zwei ihrer Natur nach total verschiedene Sorten, nemlich diese in gewöhnlichen Zeiten häufig dasselbe zu bedeuten scheinen: in baares Geld und Papiergeld. Das baare Geld hat, dank der Stoffe, aus dem es gefertigt, im Laufe der Zeit einen Werth erhalten, den man einen Selbstwerth nennen könnte, da ich für einen Dukaten zum Beispiel nur immer so viel Geld erhalten würde, als der Dukaten Goldwerth enthält, und so verhält es sich, mit geringen Unterschieden, auch mit den übrigen, ausgenommen den sogenannten Scheide-, eigentlich Wechselmünzen. Da ist das Geld

tragen wollten, daß sie Buchführung und Waarenkunde lernen und womöglich englische, französische und spanische Korrespondenz führen können (einige Sprachen mehr schaden auch nicht), dann würden aus den 850 Gehilfen in kurzer Zeit 850 neue Freudenbergs mit 850 neuen Kaiserbazars geworden sein. Was Herr Philipp Freudenberg geworden ist, das hat er alles nur seinem Fleiß, seiner Arbeitsamkeit, seiner hervorragenden Intelligenz und seiner Reellität zu danken. Gehet hin und thut desgleichen!

Ob den 850 Handlungsgehilfen und den vielen tausenden in gleicher Lage befindlichen die Augen aufgehen werden, daß sie erkennen, in welches Lager sie gehören? Oder ob dazu noch härterer Druck und ärgere Demüthigung notwendig sind? Wir können abwarten; wir wissen, was notwendig kommen wird und kommen muß. Wenn die Handlungsgehilfen heute vielleicht noch mit Stolz in die Kampfzeilen der Arbeiter eintreten können, weil sie ihre Person und ihre Kraft und Thätigkeit mit einbringen können, werden sie zuverlässig mit dem demüthigenden Gefühl kommen, daß sie nur in letzter Verzweiflung hilfesüchtig sich an das Proletariat wenden, daß sie selbst nichts mitzubringen und einzuführen, sondern nur alles zu erhoffen haben von dem siegreichen Befreiungskampfe der kämpfenden sozialdemokratischen Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April.

Reichseinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für 1891/92. Im Finanzjahr 1891/92 haben die Einnahmen trotz der neuen Zollermäßigungen noch die Einnahmen des Vorjahres um 15 Millionen Mark überschritten, wovon 9 Millionen Mark auf die Zölle fallen. Die angeschriebenen Einnahmebeträge weisen eine Mehreinnahme gegen das Vorjahr von 1 1/2 Millionen Mark nach.

Weltausstellung in Berlin. Auswärtigen Blättern zufolge bereitet der Reichskanzler eine Vorlage für den Bundesrath und den Reichstag vor, betreffend die geplante Weltausstellung in Berlin.

Der Prozeß Lauenstein. Eine seiner Zeit vom volksparteilichen Abgeordneten Hausmann im Reichstag zur Sprache gebrachte Soldatenmißhandlung ist, wie wir bereits gemeldet, kürzlich vor dem bürgerlichen Schwurgericht in Ulm zur Verhandlung gekommen, weil die Affäre eine Anklage wegen Meineids gegen einen dabei beteiligten, jetzt nicht mehr aktiven Soldaten nach sich gezogen hatte. Der Sachverhalt ist — wir folgen der Darstellung des Organes der süddeutschen Regierungen, der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 111 vom 21. April) — dieser. Im Winter 1889/90 wurden in der Kaserne des württembergischen Dragoner-Regiments Nr. 26 in Wiblingen bei Ulm — wie zuerst durch die Erzählungen eines Postboten und früheren Dragoners an den Tag kam — Rekruten, die im Reiten zu wünschen übrig ließen, mit älteren Mannschaften vom Rittmeister Lauenstein zum „Teppichklopfen“ in den Stall kommandirt; dort wurde dieser Befehl in der Weise erfüllt, daß die Rekruten von den älteren Mannschaften mit den zum Teppichklopfen bestimmten Klopfschellen durchgeprügelt wurden. Nach den eidlichen Aussagen derjenigen Beteiligten, welche nicht mehr im aktiven Heerdienst sind, hat Rittmeister Lauenstein ungewöhnlich zu verfahren gegeben, daß der Befehl des „Teppichklopfens“ in dieser Form ausgeführt werden solle. Man hat die Rekruten zuvor die gute Montur ablegen lassen, hat sie einzeln, einen nach dem anderen, in den Stall gerufen, wo sie von den älteren Dragonern, die allein zuvor mit Stöcken versehen worden waren, durchgeprügelt wurden. Die Beteiligten waren zudem alle der Meinung, daß der Rittmeister in der Nähe sei, um sich von der prompten Durchführung des Befehls zu überzeugen; denn die ekeulirenden älteren Soldaten sagten zu den Rekruten, mit denen sie Mittheilung hatten: „Schreit nur recht, damit der Rittmeister meint, ihr bekommt tüchtig Hiebe“, während sie es in Wirklichkeit nicht so schlimm machten. Einer will überhaupt bloß das Zuschlagen markirt haben, und dieser ist eben wegen dieser Behauptung des Meineids verdächtig

geworden. Rittmeister Lauenstein, welcher unbeeidigt als Zeuge vernommen wurde, hielt an seiner, wie es scheint, auch dem Regimentskommandeur gegenüber gemachten Darstellung fest, daß das „Teppichklopfen“ für alle ernsthaft gemeint gewesen sei, und eine Strafarbeit habe sein sollen, zu der er auch ältere Mannschaften kommandirt habe, damit diese hernach auf die lästigen Rekruten fördernd einwirken. Die vorgenannten Zeugen behaupteten aber auf ihren Eid mit aller Bestimmtheit, sie haben den direkten Befehl zum Durchklopfen der Rekruten bekommen. Jagdhater in ihren Aussagen waren die Geschlagenen, die jetzt noch beim Regiment stehen. Sie geben zu, im Stall Streiche bekommen zu haben, nur wollen sie nicht wissen, ob es auf ausdrücklichen Befehl des Rittmeisters geschah. Alle Zeugen bekundeten übereinstimmend, der Fall sei nur einmal und nicht öfter vorgekommen. Der Staatsanwalt hielt für erwiesen, daß der Rittmeister den Befehl zur Richtigung der Rekruten gegeben habe; dies machte aber die Angeklagten nicht schuldlos, sie seien nach dem Reichs-Militärstrafgesetz § 47 als Angeklagte strafbar, wenn auch vielleicht unter mildernden Umständen. Der Staatsanwalt erhob demnach gegen Alle die Anklage wegen Körperverletzung und ferner hielt die Meineidsanklage gegen denjenigen Dragoner aufrecht, welcher nicht geschlagen haben wollte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Fr. Hausmann, plaidirte für alle auf Freisprechung und schloß bekaunlich seine Rede mit der Bemerkung, der wahre Schuldige sei der Rittmeister Lauenstein, was im Publikum zu Beifallsbezeugungen führte, welche den Präsidenten zur Drohung der Räumung des Saales veranlaßten. Die Geschworenen sprachen nach kurzer Berathung alle Angeklagten frei. Die „Allgemeine Zeitung“ bemerkt anlässlich dieses Sachverhalts:

„Ins Gewicht fällt namentlich, daß ein Offizier in reiferen Jahren den Befehl zu Mißhandlungen erteilt hat. Die That sache aber, daß sich in allen Volksschichten eine steigende Unruhe über die Behandlung der Soldaten bemerklich macht, daß insbesondere die Eltern ihre Söhne nur mit Sorgen und Bangen in den Heeresdienst eintreten lassen, kann durchaus nicht leicht genommen werden. Wir zweifeln nicht, daß zur Zeit überall, auch bei der Militärverwaltung, der feste Voratz herrscht, den Soldatenmißhandlungen ein gründliches Ende zu bereiten; die Frage ist nur, ob man auch zu den richtigen Mitteln greifen wird, um diese Zustände unmöglich zu machen. Es wird u. a. gut sein, wenn man an maßgebender Stelle nicht übersehen, wie auch bei diesem Prozeß die Aussagen der ausgedienten Leute von denen der noch im aktiven Heeresdienst stehenden sich unterscheiden und wie sehr das positive Ergebnis der Schwurgerichts-Verhandlung von der vorhergegangenen absolut negativ verlaufenen militärischen Untersuchung abhilt. Im benachbarten Württemberg hat man sich in den Kreisen aller politischen Parteien anlässlich des Prozeßes Lauenstein aufs Neue überzeugt, daß Regierung und Volksweltung nichts Besseres thun können, als mit allem nur möglichen Nachdruck für eine allgemeine Reform des Militär-Strafverfahrens im Reiche in der Richtung der bayerischen Gesetzgebung zu kämpfen.“

Was aber geschieht mit dem Rittmeister Lauenstein, dessen Aussage das Schwurgericht dadurch treffend würdigte, daß es den Zeugnissen allein Glauben schenkte? —

Strafantrag gegen Bismarck. Eine Verleumdungs-klage gegen den Fürsten Bismarck hat Redakteur Fusangel angestrengt wegen der Behauptung, Fusangel habe ausländisches Geld angenommen, um die Industrie zu ruinieren. Bekanntlich hat Fürst Bismarck diese Behauptung am 31. März gegenüber der Bochumer Deputation gethan. Nach früheren Entscheidungen, bemerkt die „Freisinnige Zeitung“, untersteht Fürst Bismarck der Militärgerichtsbarkeit und muß für Klagen gegen ihn infolge seines hohen militärischen Ranges der Gerichtshof jedesmal durch besondere Rabinetsordre des Königs erst gebildet werden. Da König Wilhelm I. den Erlaß solcher Rabinetsordres ablehnte, so konnte bekanntlich Herr v. Dies-Daber seiner Zeit eine Verleumdungsklage gegen den damaligen Reichskanzler nicht zum Austrag bringen. — Der verleumderische Charakter der Bismarckischen Behauptung, wie die „Hamburger Nachrichten“ sie wiedergaben, ist zweifellos. Aber der Mann, der zu Hunderten autographirte Strafanträge in die Welt schickt, wird mit dem altbewährten Falsch-Ruth sich hinter die Schuhwehre seiner Rangstellung verziehen. Das Doppelspiel, das er als aktiver Beamter spielte, war so widerlich wie feige. Wollte man ihn vor den bürgerlichen Gerichtshof ziehen, so war er der General, der nur dem

Militärgericht unterstand; aber sein aktives Wahlrecht übte der General aus, trotzdem dies das Wahlgesetz ausdrücklich verbietet. —

Ein Fiasko. Die gestern von den gefälligen Telegraphenbüreau vorbereitete Mär des „Kurzer Pognanski“ von einem neuen Raubanfall im Posenischen erweist sich als eitel Humberg. Die Polizeiverwaltung in Trempen erklärt, daß ein Attentat auf den Ehren-Domherrn Tomaszewski weder stattgefunden, noch versucht worden sei. Der Verhaftete ist ein legitimationsloser Landbesitzer. Die Dunkelmänner, welche bereit hielten, einen Fall Tomaszewski „kräftigieren“ zu können, sind also gründlich enttäuscht worden. —

Christliche Humanität. Die authentischen Mittheilungen, die wir in unserer Nr. 93 vom 21. April über den Leichenbefund von Koscielce gebracht haben, passen dem berufenen Organ für christliche Nächstenliebe und sittige Caritas, der ultramontanen „Germania“ gar nicht in den Kram. Da sie den Thatbestand denn doch nicht eskamotiren kann, dichtet sie uns eine gewisse Schwäche für die Attentäter an, weil wir einfach den Sachverhalt klargelegt und das indianische Kriegsgeheul der „Germania“ und des „Kurzer Pognanski“ über die Heldenthat der kujawischen Bauern angemessen gekennzeichnet haben. Das Waffengeheul ist für die glaubensstarke Menschlichkeit des Zentrumsblattes nur ein „Verfahren im Stande der Nothwehr“. Doch wir wollen den Stolz und Schwarzfärberei durch einen Vergleich mit den Männern der „Germania“ nicht zu nahe treten: ist die Nothwehr auf dem Kriegspfade, so kaltpirt sie doch nur den erschlagenen, nicht den sterbenden Feind. — Daß das lutherische Pfaffenblättchen der „Reichshote“ in das melodische Triumphgeheul der „Germania“ in herzerfrischender Seelenverwandtschaft einstimmt, haben wir erwartet. Voll Stöckerischer Wahrheitsliebe stunkert auch der Moniteur des Hospredigers aller D-eutschen, daß die von den kujawischen Bauern verübten Greuel ein Akt der Nothwehr gewesen seien. Aber Niedergeschossene, tödtlich Verwundete waren es, gegen welche die Dieblinge der papistischen und lutherischen Klerisei sich wendeten. Das ist so Nothwehr, wie ein Stöcker ein wahrer Eid ist. —

Die Geschichte gemacht wird. In einem Artikel der „Königlichen Zeitung“ über den Briefwechsel Lascher's (der wesentlich von den „nationalen“ Mogeleten bei der Reichsgründung handelt) wird Folgendes geleistet:

„Im meisten macht das Verhalten und die zukünftige Stellung Bayerns den ihre Gedanken über die Mainlinie hinüber austauschenden, befreundeten Politikern Sorgen, aber grade nach dieser Richtung hat sich der geniale Weitblick des Fürsten Bismarck ganz besonders in der Folgezeit bewährt, und es ist bekannt, mit welcher unerforschlichen Vertiefung König Ludwig II. an dem Reichskanzler hing und in diesem den besten Bürgen der bayerischen Reichsstellung im neuen Reiche sah. Grade durch die überaus reichhaltige Behandlung, welche unter der Leitung des Fürsten Bismarck den süddeutschen Souveränen und Staaten so lange bewiesen worden ist — und dies gilt ganz besonders für Bayern — hat es erreicht werden können, daß auch gegenwärtig partikulärische Gelüste nirgendwo Widerhall finden, und wenn neuerlich Befürchtungen in dieser Richtung hier und da in Parlament und Presse laut geworden sind, so darf man getrost behaupten, daß dies Geipensirjuch ist, ähnlich der Angst vor der „großen liberalen Partei“.“

Das „Vertrauen“ Ludwig's II. von Bayern in Bismarck war so „unerschütterlich“, daß er sich vor 6 Jahren — am 13. Juni 1886 — im Starnberger See ertränkte, um der allzu freundschaftlichen Fürsorge seines geliebten Bismarck zu entziehen. Bekanntlich hat Voltaire die Weltgeschichte eine „konventionelle Lüge“ genannt. In ganz Besonderen gilt dies von der Geschichte der Neuzeit und namentlich der „Aera Bismarck“; sie ist — wie sie für das Publikum zurechtgemacht wird — eine fast ununterbrochene Reihe von faulstidigen Lügen. —

Du hast's erreicht, Octavio! Nicht umsonst müht sich der Gele im Dienste des Vaterlandes, nicht umbelobt bleibt strebender Eifer, der Bücher schreibt und Centralstellen schafft, in denen die Wohlfahrtsvereinigungen das A und O aller sozialen Politik bilden. Der bisherige Professor an der technischen Hochschule zu Hannover Doktor Julius Post ist zum Geheimen Regierungsrath und vor-

noch selbst Waare, die ich überall gegen andere Waare in der ganzen Welt fast austauschen kann, so lange als man das Gold und das Silber für so werthvoll erachtet. Ein anderes ist es mit dem Papiergelder aller Sorten, zu welchem man getrost auch allerhand Bonds, Schuldscheine, Hypothekenscheine, Aktien oder Antheilscheine und Coupons rechnen kann. Diese haben keinen Selbstwerth, denn man könnte unter Umständen Millionen solcher Scheine ausgeben wollen, ohne auch nur zehn Thaler dafür erhalten zu können. Dieses Papiergeld ist nur Vertreter von oder Anweisung auf Baargeld oder andere Werthgegenstände, und ihr Werth hängt von der Sicherheit ab, mit der ich hoffen darf, daß auch wirklich zu erhalten, was sie gewissermaßen nur versprechen, und von der Leichtigkeit, mit der ich es jeder Zeit austauschen kann. Einen Vorzug hat das Papiergeld, es läßt sich bei größeren Summen leichter handhaben, ist deshalb zu Zeiten noch beliebter als das Metallgeld. Von diesem letzteren nun einmal abgesehen, was vertritt das Geld? Wir müssen darauf antworten: „Werthe“. Und fragen wir nun, woher die Werthe stammen, so müssen wir zu dem Resultate kommen, daß sie zum Theil aus den bloßen Schätzen und Produkten der Natur bestehen, zum größten Theile aber aus den durch Menschenarbeit geschaffenen Werthen oder Waaren. Die Heidelbeere in der Halde hat fast gar keinen Werth, man hält es nicht für gewinnbringend genug, sie durch bezahlte Arbeiter sammeln und fortschaffen zu lassen. Auf dem Markte einer großen Stadt dagegen hat das Quarz oder Biter Heidelbeeren einen bestimmten Werth, und der beruht hauptsächlich in der zum Sammeln und Herbeischaffen verwendeten Arbeit. Bei anderen Naturprodukten, die nur in beschränkter Menge vorhanden sind und deren Entstehungsboden bereits in den Händen bestimmter Besitzer, ist das Verhältnis etwas anders, insofern, als hier die Naturprodukte schon einen gewissen Werth haben, da sie nicht mehr von Jedermann ohne Weiteres in Besitz genommen werden können. Je weiter die Rohprodukte durch Menschenarbeit in Kunstprodukte umgearbeitet werden, je mehr steigt ihr Preis; ja die produzierenden Kräfte der Natur selbst können durch Menschenarbeit in ihren Wirkungen erhöht werden. Ich will

Ihnen nicht mit einer speziellen Schilderung des wunder-vollen Kreislaufes der Stoffe auf Erden beschwerlich fallen, wonach die Pflanze durch ihr einfaches Leben mehr giebt, als sie empfängt, das Thier höhere Werthe erzeugt, als es zu seiner Existenz verbraucht, der Mensch endlich durch seine ordnende Thätigkeit dem Felde eine größere Ergiebigkeit verleiht, störende Natureinflüsse beseitigt und bei verhältnismäßig geringen Bedürfnissen die meisten neuen Werthe schafft. Das Schaffen neuer Werthe aber ist die eigentliche Arbeit des Arbeiters, die Vermehrung des Nationalreichthums sein Werk. Es liegt auf der Hand, daß bei freier Arbeit fort und fort neue Vermögen neben den alten entstehen würden, daß eine immer größere Zahl von Menschen in die Reihe der Vermittelten eintreten müßte, wenn nicht die Besitzer der alten Vermögen in denselben die Mittel gefunden hätten, auch das was Andere verarbeiten, für sich zu gewinnen. Der Arbeiter braucht Kapital, um arbeiten zu können: Rohstoffe, Handwerkszeug und Lebensmittel für die Zeit der Vollendung der Arbeit oder vom ersten Anfang einer Arbeit bis zu deren Verkauf. Das Alles muß er leihen, und für dieses Leihen muß er so viel bezahlen, daß sein Gewinn dem Darleiher zufällt, er selbst aber arm bleibt. Und daraus ergibt sich die schon mehr als genügend erörterte That sache, daß die Reichen immer reicher werden müssen, die eigentlich schaffenden Kräfte aber immer arm bleiben. Ein sehr beachtenswerther Umstand ist es hierbei, daß sich die Unbemittelten gegenseitig nicht kreditiren können, und dadurch um so mehr der ausfaugenden Gewalt des Kapitals verfallen, während, wenn sie dies vermöchten, ein viel leidlicheres Verhältnis hergestellt werden könnte. Wäre der Schuhmacher zum Beispiel im Stande, vom Zigarrenarbeiter so viel Zigarren zu entnehmen mit einem Male, als er Werth an Schuhwerk liefert, so würde für diesen Fall der Zigarrenarbeiter, wie der Schuhmacher, sein Produkt billiger liefern können, als wenn durch Vermittelung von Unternehmern und Händlern so und so viel Prozente an Beide verloren gehen; denn nun bekommt der Zigarrenmacher weniger für seine Arbeit, weil der Unternehmer daran gewinnen will, der Schuhmacher bezahlt sie höher,

weil auch der Händler gewinnen will, und im gleichen Maße muß der Zigarrenarbeiter seine Stiefeln theurer bezahlen. Das ist der Segen des Geldes und der Fluch der Arbeit. Ich gebe Ihnen nur die einfachsten Beispiele, weil sie am leichtesten zum ersten Verständnis führen und Sie an der Hand derselben mit einigem Nachdenken zu weiteren Schlüssen gelangen.

„Händen wir nun aber ein Mittel, die Arbeitsprodukte auszutauschen ohne Hilfe von solchen Tauschmitteln, welche wir als in beschränkter Zahl und im festen Besitz Einzelner wissen, so wäre die Möglichkeit geboten, daß wir fortan befreit werden von dem Tribut, den wir bis dahin an das Kapital zu zahlen hatten. Bekommt zum Beispiel Meister Draht seine Stiefeln sofort bezahlt, wenn er sie gefertigt, ohne daß er einen bestimmten Käufer gefunden und ohne daß er sie deshalb einem Unternehmer, Zwischenhändler u. s. w. billiger abgeben muß, so werden die Stiefeln nicht theurer. Zwar wird Jemand meinen, daß in der Zeit, wo die Stiefeln nicht verkauft wurden, das Kapital, welches in den Stiefeln steckt, verunst werden müsse, und daß die Zinsen die Stiefeln vertheuern. Das ist jedoch keineswegs der Fall; denn Meister Draht hat auch kein baares Geld für das Leder zu geben gebraucht, kein für seinen Lebensunterhalt in der Zwischenzeit. Und fragen Sie, wie es möglich ist, ohne Geld zu kaufen und zu verkaufen? so sage ich Ihnen, wir tauschen die Arbeitsprodukte aus, indem wir uns gegenseitig kreditiren und uns dabei der selbstgeschaffenen Kreditscheine, welche ja, wenn wir Waarenmagazine oder Verkaufsbazare herstellen, die Bedeutung von Empfangsscheinen erhalten, bedienen. So lange unser Kreis nur ein kleiner ist, so lange wird der Vortheil nur ein geringer sein, denn wir werden unsere Bedürfnisse von Arbeitsprodukten, die wir nicht selbst verbrauchen, für Geld an Andere verkaufen müssen. Aber es ist schon ein großer Vortheil, wenn wir das Geld lediglich im Verkehr mit der Außenwelt verwenden können. Je weiter unser Kreis wird, je weniger kommt es bei dem Einzelnen vor, daß er Geld braucht, und mit Verwunderung werden Sie dann sehen, wie leicht das Geld aus der Welt zu drängen ist.“ (F. 1)

tragenden Rath im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt worden. Der Geheimrath Post wird in den Bahnen wandeln, die der Professor Post so erfolgreich gewandelt ist.

Internationale Gewerkschaftskongresse. In den Gewerkschaften der verschiedenen Länder kommt mehr und mehr die Erkenntnis zum Durchbruch, daß eine gewerkschaftliche Organisation ihren Zweck nicht mehr erfüllen kann, wenn sie in der Zwangsjacke des Nationalitätsprinzips stecken bleibt. Der Kapitalismus hat sich niemals auf die nationale Ausbeutung beschränkt — er war viel früher international, als das Proletariat — er wechselte zu allen Zeiten das Vaterland, wie man ein Hemd wechselt — ubi bene ibi patria — wo es Geld zu verdienen giebt, da ist mein Vaterland, war von jeher sein Wahlspruch; — und wenn der Bourgeois von „nationaler Arbeit“ spricht, dann meint er nur, daß er die Nation, die er gerade im Auge hat, mit besonderer Gründlichkeit auszunutzen beabsichtigt. Er fabrizirt für die ganze Welt, spekulirt in der ganzen Welt, handelt mit der ganzen Welt, bezieht seine Arbeitskräfte aus der ganzen Welt. Kurz, er pfeift auf die Nationalität und würde jeden Feind für verrückt halten, der ihm seine Internationalität vorwirft. Freilich, was dem Kapitalisten recht ist, das ist dem Arbeiter nicht billig — dieser soll nicht international sein. Ist es aber zum Glück und wird es zum Glück von Tag zu Tag immer mehr. Es häufen sich Bemühungen der Gewerkschaften um eine internationale Organisation, oder, wo die Gesetze im Weg stehen, um eine internationale Verständigung. Der Pariser Kongress von 1889 gab den Anstoß für verschiedene solcher Verständigungsversuche. Und auch der Brüsseler Kongress förderte das Werk. Wie es scheint, wird der nächste internationale Kongress nach dieser Richtung hin eine noch hervorragendere Rolle spielen, als die beiden vorhergehenden. In Aussicht genommen sind bereits — allerdings nicht in direktem Zusammenhang mit dem allgemeinen Arbeiterkongress — internationale Kongresse der Bergarbeiter, der Buchdrucker, der Gutmacher. Der Gedanke eines internationalen Gutmacherkongresses wurde von der österreichischen Gutmachergewerkschaft auf deren letzter Generalversammlung angeregt — die französischen Gutmacher haben die Idee mit Begeisterung aufgenommen, die Zustimmung der deutschen Gutmacher ist sicher, und so dürfte dieser Kongress unzweifelhaft zu Stande kommen. Bekanntlich haben die Gutmacher schon eine Art von internationaler Organisation, die allerdings der Vervollkommnung noch bedürftig ist.

Der österreichische Unternehmerring. Am 21. April haben fünfundsiebzig Verordnete der fünfzehn hervorragenden österreichischen Industrieverbände beschlossene, ein zentralorgan der gesammten österreichischen Industrie gegründet. Sie nahmen ferner in ihrer Blutmacherbewusstseins starkem Drange eine Resolution an, welche die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit als nur auf internationalem Wege durchführbar bezeichnet.

Aus einem „wildesten Lande.“ Im Großen Rathe des schweizerischen Kantons Neuchâtel wurde jüngst ein Antrag Wäldi behandelt, welcher alle Bürger des Kantons rechts herab zu rauben wollte, die zweimal die jährlichen Gemeindesteuern nicht zahlten. Eine lange Debatte entspann sich, in welcher unter Anderem gesagt wurde, daß die betreffenden säumigen Steuerzahler immerhin in den direkten Steuern — Zölle und Oktroi — Beiträge an den Staat leisten, so durch die Schlachtsteuer in Chaux-les-Bains, welche jährlich 40 000 Franks beträgt. Der Große Rath beschloß mit 61 gegen 20 Stimmen, den Antrag nicht in Betracht zu ziehen.

Korruption in der Schweiz. Der waadtländische Kantonsratheats Steuerernehmer Bessa hat seine Kasse als Steuereinnahmer in Lausanne, Mitglied des Generalrats der Waadtländischen Kantonalbank und des Aufsichtskomitees der Waadtländer Hypothekbank niedergelegt. Er wird beschuldigt, von deutschen Banken 67 000 Mark als Trinkgeld dafür angenommen zu haben, daß er deren Pläne bei einer Verschmelzung schweizerischer Banken unterstützte. In der Schweiz wird die Korruption anderswo die Verderbnis süppig fortwuchert und vertuscht wird.

Culine. Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei hat einen Aufruf an die Einwohnerschaft von Journies und Wignehies gerichtet, der von den Abgeordneten Ferroul und Lafargue und von Jules Guesde unterzeichnet ist. Darin heißt es nach einem Rückblick auf die blutigen Ereignisse vom 1. Mai 1891: „Indem Ihr Eure Pflicht als Gemeindevähler und Sozialisten erfüllt, könnt Ihr dem Programm und den Kandidaten Eures Standes — dem Märtyrer Culine voran — zum Siege verhelfen, mit einem Ruck die Bande zerschneiden, mit denen man Euch gefesselt hat. Ihr könnt in dem befreiten Journies und Wignehies die Reformen verwirklichen, die Ihr vergebens von dem Opportunismus verlangt habt und die Euch und den Euren sofort Wohlstand verschaffen werden. Ihr könnt für alle Zeiten mit dem nationalen Heere aufbauen, das sich gegen die Nation der Arbeiter gewendet hat, und für die Zukunft die Ermordung mehrerer Schaaeren vereiteln. Ihr könnt das Werk der Gerechtigkeit, das von den biller Wählern begonnen wurde, vollenden, indem Ihr Culine, den Märtyrer, dem Zuchthause in Melun entrecht, wie Eure Kameraden im November Lafargue dem Gefängnisse Sainte-Pélagie entrisen. Diese dreifache Aufgabe ist Euch durch Eure Pflicht und Euren Ruhm vorgeschrieben und Ihr werdet ihr nicht untreu werden.“ Culine, ein Opfer der schmachlichsten Klassenjustiz, die auf das Blutbad von Journies durch die Verurtheilung von Lafargue und Culine reagirte, schmachtet noch im Kerker.

Die Pariser Polizei. Antlich wird der gemeldete Zustand der Pariser Schutzleute demerit, was freilich nicht ausschließt, daß thatsächlich eine Lohnbewegung in diesen Kreisen sich geltend macht. Der Ministerpräsident Doubet bereitet übrigens, was nicht ohne Zusammenhang mit dem abgelegneten Schutzmannstreik zu stehen scheint, einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die Erhöhung des Gehalts der Pariser Polizei um 1250 Mann, sowie eine Erhöhung der Besoldung derselben beantragt wird. Die dazu erforderlichen 6 Millionen Francs sollen zu gleichen Theilen von dem Staate und der Stadt Paris aufgebracht werden.

Pourbaix. Wir meldeben bereits das Flasko der internationalen Dynamiterschöpfung. Einen kleinen Erfolg hat sie aber doch aufzuweisen: in der belgischen Provinz Lüttich sind so viele Dynamitbomben — allerdings mit der anerkanntesten Vorsicht, die Dynamitfüllung wegzulassen — gelegt worden, daß die Regierung sich zu dem Waquis berechtigt hielt, alle öffentliche Umzüge für den 1. Mai in dieser Provinz zu verbieten. Herr Pourbaix hat also seine Sache besser gemacht, als Knochol und die übrigen Dynamit-Löpel; wir empfehlen ihn dem frommen Ministerium zur Berücksichtigung beim nächsten Ordensfest.

Herr Bernaert, der belgische Puttkamer und Protoberr des Pourbaix, wird beiläufig vom „Peuple“ mit einer Offenherzigkeit und Urwüchsigkeit der Sprache angegriffen, die uns die belgische Pressefreiheit beneiden lassen. Der Artikel, welcher durch ein Interview des genannten Ministers veranlaßt worden ist, beginnt mit den vielversprechenden Worten: „Herr Bernaert ist verlogen (monteur) wie ein Zahnarzt, und schwachhaft wie eine Waschfrau“ — dann folgt ein langes Sündenregister, in dem die Pourbaix-Epizode natürlich nicht fehlt.

Dreibändlerische Schmerzen. Sie ist, sie ist nicht, sie ist u. s. w. beendigt — die italienische Ministerreise. Heute ist sie wieder einmal beendigt. Der Telegraph versichert: Das Ministerium bleibt, wie es war. Es wird der Kammer einen „vollständigen Plan organischer Reformen“ (d. h. einen Rattenkönig neuer Lasten und Abgaben) präsentieren. Und das Regierungsblatt „Opinione“ erklärt begeistert: „Das Dilemma ist gelöst, die Verminderung des Heeres wird nicht stattfinden. Ehe man hierzu schreitet, muß alles geordnet werden, die Präferenzen, die Gerichtshöfe, die Universitäten und Afrika; niemals aber wird Italien die Grundlagen seiner nationalen Existenz preisgeben.“ — Was der Telegraph morgen uns melden wird, wissen wir nicht. Jedemfalls gehört eine ziemliche Dosis von Selbstverleugnung oder — Leichtsinns dazu, jetzt italienischer Minister zu sein — Vorbereiten sind nicht zu ernten, und den Staatsbankrott zu erklären, ist keine angenehme Aufgabe. Und ein Anderes giebt es nicht, wenn Italien den Meerergreis Militarismus auf seinem Rücken behält. Das Land ist in einer Weise erschöpft und das Volk in einem Grade verarmt, daß selbst wir Deutsche uns nicht leicht eine richtige Vorstellung machen können. Die Industrie, welche übrigens nicht hoch entwickelt ist, liegt vollständig darnieder, und der Acker- und Weinbau, von dem drei Viertel der Bevölkerung leben oder richtig: auf den sie als Erwerbsquelle angewiesen sind — denn sie leben nicht, sie vegetiren — ist in vollständigem Verfall begriffen. Tausende und Tausende von kleinen Bauerngütern werden gar nicht mehr bewirtschaftet, und unter den Bauern und Pächtern des so außerordentlich fruchtbaren Ober- und Mittelitalien dehnt sich der Hungertypus in seiner schlimmsten Form — die entsetzliche Pellagra — mehr und mehr aus. Kurz, die Bevölkerung verkommt, und was dem Elend, der Pellagra und — der Kaserne entziehen will, das wandert aus. Seit Italien mit der „Einheit“ die Segnungen des Militarismus gewonnen hat, nimmt die Auswanderung Jahr für Jahr zu; und seit es mit dem Eintritt in den Dreibund eine Armee nach deutschem Muster besitzt — wächst die Auswanderung lawasunartig. Vorletztes Jahr — 1890 — wanderten 217 244 Personen aus Italien aus — eine Zahl, die man für unmöglich gehalten hatte und von der man naiver Weise annahm, daß sie niemals wieder erreicht oder gar überschritten werden könne. Nun, jetzt haben wir die Bissen für das vergangene Jahr: 294 206! Siebenundsiebzigtausend mehr als im Jahre vorher! Und der Strom der Auswanderung schwillt immer mehr an. Das Hauptkontingent stellt die Lombardei und Venetien — Provinzen, deren Bodenreichtum für unerschöpflich galt. Die Auswanderer aber sind noch nicht die Kernisten der Armen. Die ganz Armen haben nicht die Mittel zum Auswandern. Jüngst hat die Moloch Militarismus immer tollere Orgien und tanzt mit der einst so schönen Italia den Todtentanz des Bankrotts und wird auch mit ihr in den Abgrund heruntertanzen, wenn sie nicht noch vorher ihn abschüttelt und seinen blutigen Altar zerbricht.

Dänische Morithat. Herr Estrup, den dänischen Premierminister, gelüftet es nach Krawallen, wie irgend einen deutschen Reaktor. Kann er keinen Putsch provoziren, so ersunkerten ihn seine Reptilien. Der Kerger über die Kopenhagener Wahlsiege der Arbeiterpartei macht sich Luft in der Ausprägung von Schauermaßen. Am Abend des Wahltages soll noch vor dem sozialdemokratischen Versammlungslokal in Kopenhagen ein „erster Zusammenstoß“ zwischen Arbeitern und Polizisten stattgefunden haben. „Die Sozialdemokraten“, fabelt der Telegraph, „gingen zum Angriff mit Flaschen, Stöcken, Steinen auf die Polizei vor, so daß diese genöthigt war, von ihren Stäben Gebrauch zu machen, aber es glückte ihr erst nach wiederholten Hooes, die Tumultuanten aus der Straße zu verdrängen und diese abzusperren. Zwei Konstabler sind schwer verundet; ein Duzend Sozialdemokraten wurde zur Polizei-Hauptstation eingekerkert.“ Ins Deutsche übersetzt heißt dies: die über-eifrige Polizei hat die Arbeiter angelegelt und brutalisiert. Wir kennen unsere Pappenheimer.

Aus Russland. Täglich kommen aus dem zarischen trostlose Nachrichten. Der Flecktypus und die Hungerpest halten ihren Rundgang durch das Land, und auch in den Grenzprovinzen treten diese furchtbar ansiedenden Krankheiten so verheerend auf, daß für Deutschland und Oesterreich die größte Gefahr besteht. Dank den Segnungen des persönlichen Regiments ist Russland ein gefährlicher Seuchenherd geworden, gegen den die zivilisierte Welt sich absperrern muß. Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden. Es kann schon jetzt als ausgemacht gelten, daß dieses Jahr abermals eine Misere bringen wird. In weiten Landstrichen hat es an Saatfrucht gefehlt, so daß die Aecker garnicht bestellt werden konnten, und wie aus sicherer Quelle mitgetheilt wird, ist der Saatenstand, da wo von einem solchen die Rede sein kann, im Allgemeinen ein sehr schlechter. Sogar in einer amtlichen Depesche wird zugegeben, daß im Gouvernement Cherson — einem der fornwichtigsten von Russland — „die ganze Ernte durch Dürre vernichtet ist“.

Briefe aus Frankreich.

Paris, den 17. April.

Seit dem Kongress von 1889 stehen wir jetzt vor der dritten Maifeier in Frankreich. Es ist da ganz interessant, einen Blick auf das zu werfen, was man die beiden vorigen Male geleistet hat, und dann einen Vergleich mit der Feier, wie man sie diesmal plant, zu ziehen. Die sogenannte Marxistische Arbeiterpartei hatte beide Male die Führung der Bewegung übernommen. Unterstützt wurde sie von dem revolutionären Zentralkomitee, während die Possibilisten und Arbeitervertreter vom Schlage Bakky's ihr offen entgegenarbeiteten. 1890 war der Bourgeois die Furcht in die Glieder gefahren; Paris war in Belagerungszustand und von Truppen überfluthet. In der Provinz, wo wir — die „Marxisten“ — hauptsächlich unsere Anhänger besitzen, war die Demonstration in allen Städten um so imposanter, weil sie sich friedlich in Gegenwart der bewaffneten Macht vollzog. An mehreren Orten wurden unsere Freunde verhaftet, aber da es an plausiblen Vorwänden fehlte, bald wieder freigegeben.

Der 1. Mai 1891 ist noch in Aller Erinnerung. Die Führung besand sich immer noch in den Händen der Marxisten, und die Vertreter der Provinz, die Gewerkschaften und Gruppen begaben sich in corpore zu den Organen der Staatsgewalt. Die Ereignisse von Journies machten die Bourgeois toll, welche zu ihrem Schrecken erkennen mußte, daß selbst ein Gemehel die Arbeiter in ihrem Befreiungskampfe nicht zu lähmen vermöge. Die Folge war die Verhaftung Culine's und Lafargue's, deren Einkerkern und der Wahrspruch der Bevölkerung von Lille welche das Urtheil des Gerichts von Douai für ungerecht erklärte, indem sie Lafargue in die Kammer entsandte.

Die Feier von 1890 und die von 1891 waren beide die Vorboten von Niederlagen der Regierung und der Sturz von Gonfland ihre weitere Folge.

Dieses Jahr hat die marxistische Partei nach der Einigung der verschiedenen Gruppen, einer Folge des Brüsseler Kongresses, beschloßen, die Regelung der Bewegung in Paris dem Arbeiterauschuß und Arbeitersekretariat zu überlassen, und allem, was man dort bestimmen würde, beizutreten. Wie es scheint, will man sich diesmal in Paris mit einfachen Versammlungen begnügen, an welchen die verschiedenen Arbeitergruppen und -Organisationen teilnehmen werden.

Bekanntlich finden die Gemeindevahlen im ganzen Land am 1. Mai statt — mit Ausnahme von Paris, das seine besondere Gemeindeversammlung hat. Die große Bedeutung des 1. Mai ruht also diesmal hauptsächlich in der Provinz, wo die Maidemonstrationen und die Gemeindevahlen auf einen Tag zusammenfallen.

Auf diesen Punkt richtet sich vornehmlich die Aufmerksamkeit unserer Freunde; seit einigen Monaten wird mit doppelter Richtigkeit agitiert; Lafargue, Guesde, Ferroul halten Versammlungen über Versammlung in der Provinz und organisiren die zur Partei gehörigen Gruppen energischer als je vorher zum Wahlkampf. Wir können unsern deutschen Freunden voraussagen, daß in den meisten großen Städten Frankreichs die Arbeiterpartei siegreich sein wird. Besonders in Calais, Lille, Montluçon, Marseille sind wir der Majorität gewiß.

Die Manifestation wird in den Provinzen folgende Gestalt annehmen: Um 8 Uhr früh tritt die wählende Arbeiterschaft in Kolonnen zusammen und durchzieht mit Abzeichen und mehrden Fahnen die Straßen der Städte; an jedem Wahllokal wird Halt gemacht, bis die begünstigten Wähler ihre Stimmen abgegeben haben und dann erfolgt ein ebenso friedlicher Marsch durch alle Viertel der Stadt; so wird man Rundgebung und Wahl verbunden.

Am Abend kommt man in großen Sälen zusammen und es findet eine Feierlichkeit statt. Man sieht, es kann nichts Friedlicheres und zugleich Eindrucksvollerer geben. Die Manifestation wird überall in ganz Frankreich das an dieser Stelle bereits behandelte Programm von Lyon zur Grundlage haben.

Wie bereits im „Vorwärts“ berichtet wurde, hat unsere Arbeiterpartei die Zeit für gekommen erachtet, endlich das vom Brüsseler Kongress empfohlene Einigungswerk zu vollenden.

Parteinachrichten.

Die Feier des ersten Mai wird in London, wie überall, wo es organisierte Arbeiter giebt, einen großartigen Charakter annehmen. Die zwischen den einzelnen sozialistischen Organisationen anfangs aufgetretenen Eifersüchteleien sind rasch beiseite geworfen, und so wird der 1. Mai die gesammte fortgeschrittene Arbeiterschaft der Weltstadt an der Themse zu der Demonstration für den Achtstundentag vereinigt sehen. Der von den Organisatoren der Demonstration auch an die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft gerichteten Einladung, sich in London vertreten zu lassen, wird insofern Folge gegeben, als der Vorstand der sozialdemokratischen Partei den Genossen Bernstein ersucht hat, die deutsche Sozialdemokratie zu vertreten. Die Generalkommission der Gewerkschaften in Hamburg konnte die Einladung nicht annehmen, da die Londoner Demonstration einen politischen Charakter tragen wird, die deutsche Vereinskongregation aber den nichtpolitischen Gewerkschafts-Vereinigungen nach dieser Richtung Deserve aufzwingt. Genosse C. Legien hat in einem sehr sympathisch gehaltenen Schreiben an den Londoner Generalrath letzteren von der Zwangslage der deutschen Gewerkschaften unterrichtet und den englischen Arbeitern als den „Preis kämpfern der modernen industriellen Klassen“ brüderlichen Gruß und Handschlag gesandt, einen Gruß, von dem wir sicher sind, daß sich demselben die gesammte organisierte deutsche Arbeiterschaft anschließt. — In Wien finden am 1. Mai laut Meldung des Telegraphs 22 Volkversammlungen statt, deren Tagesordnung lautet: Achtstündige Arbeitszeit und allgemeines direktes Wahlrecht. Nach Schluß der Versammlungen werden die Arbeiter in den Prater ziehen. — Die Nürnberg Regierung befähigt das polizeiliche Verbot des Umzuges.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Publikum zur Verfügung, um Anzeigen, Anfragen, Antworten, Interessen zur Verfügung; sie vermag sich aber nicht für die Beantwortung derselben verantwortlich zu machen.

Achtung! Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Klempe!

Sonntag, den 24. d. M., findet bei Mundt, Köpenickerstr. 100, eine Mitgliederversammlung der Orts-Krankenkasse statt, mit der Tagesordnung: Besprechung über freie Arztwahl. Mitglieder! Wie wichtig die Arztfrage ist, werdet Ihr wohl Alle wissen, darum ersucht Alle Mann für Mann zur Versammlung, damit Ihr Euer Gutachten in dieser wichtigen Frage abgeben könnt; schüttelt endlich einmal die unverantwortliche Gleichgültigkeit, die gerade in Krankenkassen-Fragen so grell zu Tage tritt, ab. Da zu dieser Versammlung nur Mitglieder mit Legitimation zugelassen werden, so vergesse Niemand, sich solche von seinem Arbeitgeber ausstellen zu lassen, oder man legitimize sich mit dem Krankenkassenbuch. Agitiere ein Jeder, dieselbe in seinen Kreisen, für diese Versammlung, damit dieselbe recht gut besucht wird und über jene wichtige Frage eine recht roge Aussprache stattfindet.

Theater.
 Sonnabend, den 22. April.
Spernhaus. Boobill, der letzte
 Maurenkönig.
Schauspielhaus. Agrippina.
Deutsches Theater. Das Urbild des
 Lastuffe.
Festung-Theater. Die Großstadtluft.
Berliner Theater. König Richard III.
Wallner-Theater. Gasemann's
 Töchter.
Residenz-Theater. Bahn und Bahn-
 sinn. Hierauf: Aus der komischen
 Oper.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Das Sonntagkind.
Thomas-Theater. Drei Paar
 Schuhe.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein
 Feldweibel.
Sollmann-Theater. Jung-
 Deutschland zur See.
Ostend-Theater. Der Lumpen-
 sammler von Paris.
Leopoldstadt-Spezialitäten-Vorstellung.
Schüler Richter's Variété. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Siokeler-Theater und Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spe-
 zialitäten-Vorstellung.

**Passage-
 Panopticum.**
 Riese, 9 Fuß.
 Zwerg,
 25 Zoll.
 Mann v. Steinkopf.
 Pigmy v. Stanley-
 Zwergvolf.
 10-1 4-9 Uhr

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Riesin u. Puppensee
Aama,
 größte Riesin,
 16 Jahre alt, 9 Fuß groß.
Prinzess Pauline,
 16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Gratweil'sche
 Bierhallen**
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Konzert
 mit humoristisch. Vorträgen.
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch
 sowie 6 Billards, 3 Regel-
 bahnen und 2 Säle.
 F. Sadtke.

C. Kramer's Restaurant
 Rixdorf, Hermannstraße 140,
 neben den Kirchhöfen,
früher Hasenhaide.
 Empf. sich allen Kirchhofbesuch.

Empfehle nach wie vor mein ver-
 größertes Lokal, franz. Billard u.
 dem verehrten Publikum. Vorwärts,
 Volks-Tribüne, Volks-Zeitung, sowie
 andere Zeitungen liegen aus. [1142L]
M. Berndt,
 Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Zum Erbbegräbniss
 Urban-Strasse No. 51, ladet alle
 Freunde und Genossen ein
Pfister-Karl.
 21098 J. Vertr.

Wo speisen Sie?
 In der alt pommer-
 schen Küche, Ora-
 nienstr. 181, Hof pt.
 bei Klein! Frühst.
 30 Pf., Mittagstisch
 mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis
 50 Pf. nach Auswahl. 18969
 Empfehle den Genossen u. Freunden
 mein Reich- und Vairich-Bierlokal.
 Auch sind Vereinszimmer mit Piano zu
 vergeben. 25636
 D. Seidel, Friedrichsbergstr. 24.

Empfehle mein Lokal zur Zahlstelle.
 Vereinszimmer, Garten, Regeltbahn.
Frenzlauer Allee 36 b. 2575b
 Etage, Stieglitz, 1,50, Buchfinken,
 Gänge, Hänflinge, Reiske 1 M.,
 Girtige, Lannensinken 80 Pf. (eelle
 Ränchen). 23212
F. Schnelle, Elstherstr. 132.

Weißgerber und Berufsgenossen.
Oeffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 24. April, Vormittags 10 Uhr, in Knebel's Salon.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses. 2. Dis-
 kussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. 346/17
 Pflicht der Kollegen, ist es in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich
 zu erscheinen.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
der Handschuhmacher Berlins u. Umgeg.
 am Sonntag, den 24. April, Vormittags 10 Uhr, im Restaurant J. Pyriok,
 Wipplstraße 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Hoffmann, über: Die Gewerbe-Schiedsgerichte.
 2. Berichterstattung des Delegierten von der Streit-Kontrollkommission. 3. Dis-
 kussion. 4. Verschiedenes. 175/7
 Zahlreiches Erscheinen ist sehr notwendig.
Der Einberufer.

**Fachverein der in Buchbindereien, der Papier-
 und Lederwaren-Industrie beschäft. Arbeiter.**
Ordentliche General-Versammlung
 am Montag, den 25. April, Abends präz. 9 Uhr, in Feuerstein's Salon,
 Alte Jakobstr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Pütgenau, über: „Gewerbe-Schiedsgerichte“.
 2. Erwählung des Vorstandes. 3. Geschäfts- und Kassenbericht.
 Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert. 440/2
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Schneider und Schneiderinnen!
Oeffentliche Versammlung
 am Sonntag, 24. April, Nachm. 5 Uhr, bei Herzog, Stromstr. 23 (Moabit).
 Tages-Ordnung:
 1. Die sozialen und politischen Ereignisse der letzten Zeit. Referent
 J. Timm. 179/18
 2. Arbeits- und Lohnverhältnisse in den verschiedenen Geschäften.
 Referent E. Pfeiffer.
 Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein mit Tanz.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Agitations-Kommission.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. s. w.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonnabend, den 23. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-
 Hallen“ (rechter Garten-Salon), Kommandantenstr. 20:
Hauptversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Rassen- und Kontrollbericht. 2. Anträge zur Generalversammlung
 in Dresden. 3. Verschiedenes. 440/1
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
General-Versammlung
 am Montag, den 25. April, Abends 8 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 40a.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
 2. Die neueingeführten Fabrikordnungen.
 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 436/1 **Der Vorstand.**

**Fr. Vereinigung der Seifen-
 sieder und Berufsgenossen.**
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Kölling, Neue
 Friedrichstr. 44, Abends 8 1/2 Uhr.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über Gewerbeberichte.
 Referent: Genosse Siegelist. 2. Dis-
 kussion. 3. Vierteljahres-Bericht vom
 Kassier. 4. Entziehung der Monats-
 beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder.
 5. Wie stellen wir uns zum 1. Mai?
 6. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung
 wegen ist es Pflicht der Mitglieder,
 pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
 Die Versammlung beginnt präz. 9 Uhr.
 467/1 **Der Vorstand.**

**Verein zur Wahrung
 der Interessen der Berliner
 Knopf-Arbeiter.**
 Sonntag, den 24. April, Vormittags
 10 1/2 Uhr:
Ordentl. General-Versammlung
 bei Bolzmann, Andreasstr. 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtverordneten Hrn.
 H. Borgmann über: „Die neue Ge-
 werbe-Ordnung.“
 2. Diskussion.
 3. Vierteljährlicher Kassenbericht.
 4. Verschiedenes. 191/10
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist
 Pflicht.
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der Tischler u. s. w.**
 Oeffentliche Verwaltung Berlin A.
 Montag, den 25. April 1892, Abends
 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Roll, Walbert-
 Straße 21.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1892.
 2. Wichtige Kassenangelegenheit.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Jedes Mitglied ist verpflichtet, in
 dieser Versammlung zu erscheinen.
 300/13 **Die Ortsverwaltung.**

Bekanntmachung.
Viertes Nachtrag
 zu dem Statut der Orts-Kranken-
 kasse des Zimmerer-Gewerbes zu
 Berlin vom 28. Oktober 1884.
 Der § 59 wird abgeändert und er-
 hält folgende Fassung:
 Alle die Kasse betreffenden Bekannt-
 machungen zc. werden im „Vorwärts“
 (Berliner Volksblatt) und der „Volks-
 Zeitung“ erlassen.
 Berlin, den 28. November 1891.
 (L. S.) **Der Vorstand.**
 (geg.) G. Plog, O. König,
 Vorsitzender. Schriftführer.
 Vorstehender Nachtrag wird hierdurch
 genehmigt. 330/8
 Berlin, den 23. März 1892.
 (L. S.) **Der Bezirksausschuss.**
 J.-Nr. 944. (geg.) Kaiser.

Freireligiöse Gemeinde.
 Sonntag Vormittag 10 Uhr, Rosen-
 thalerstraße 38 (am Gadeschen Markt):
 Vortrag des Herrn 88/20
H. Pëus
 über: „Verband und Vernunft“.
 Gäste sehr willkommen.
 Neu! Abzeichen (rotte Fahne) Neu!
 echt Emaille à 1 M., mit à 25 Pf.
 Händler gesucht. 2561b
Th. Schulte, Gräner Weg 12, Hof 1.

Nur 1 Mark
 kostet jede Uhr zu reinigen unter
 Garantie. Bei a. Reparaturen
 wird der Preis vorher gesagt.
 Lager aller Arten Uhren,
 Ketten, Ringe, Brillen nach
 ärztlicher Vorschrift.
 Neu: 1/2 Remontoir m.
 Bildnis Bebel's 20 M.
Otto Eleser,
 Uhrmacher (Nachmann),
 Haunynstr. 15, Ecke Mariannenstr.
Schuhe u. Stiefel
 größte Auswahl [2219f]
W. Lehmann, Alexandrinenstr. 45.
 Dr. Hoesch, homöopath. Arzt,
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Deutscher Tischler-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
General-Versammlung
 am Montag, den 25. April, Abends präzise 8 1/2 Uhr,
 im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljahres-Abrechnung. 2. Fortsetzung der Diskussion über die
 endgültige Beschlußfassung der von der letzten Generalversammlung des Fach-
 vereins gefassten Resolution betr. Anschluß an den Verband. 3. Verschiedenes.
 4. Mitgliedsbuch legitimiert. 5. Zahlreiches Erscheinen der Mit-
 glieder sehr erwünscht. **Die Lokalverwaltung.**
 NB. Jeden Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr, werden in folgenden
 Lokalen Beiträge einkassiert und neue Mitglieder aufgenommen. Schönig,
 Stallschreiberstr. 29; Lorenz, Kopenstr. 48a; Honke, Blumenstr. 88; Zubell,
 Raunstr. 86; Ziemer, Cuvyrstr. 17; Goltz, Grünauerstr. 3; Stramm, Ritter-
 straße 123; Scherer, Quetsenaustr. 35; Klein, Schönleinstr. 6; Haase, Königs-
 gräberstr. 47; Kitzing, Bülowstr. 52; Halbecker, Dresenstr. 3; Glöckner,
 Fenn- und Müllerstr.-Ecke; Gaadt, Brunnenstr. 88; Brückner, Voßtringer-
 straße 67. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pf. (wofür Statut); der wöchentliche
 Beitrag 15 Pf. (inkl. „Neue Tischler-Zeitung“). Die Zusendung der Zeitung
 erfolgt durch Spediteure frei in's Haus. 464/2

**Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein sämtlicher Berufsweige
 Berlins und Umgegend. (Filiale Norden.)**
Große Versammlung
 am Sonntag, 24. April, Nachm. 4 1/2 Uhr, in Knebel's Salon,
 Badstrasse 58 (Gesundbrunnen).
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Silberberg über: „Die
 Bedeutung des 1. Mai.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes. — Herren und Damen als Gäste haben Zutritt. Zur Beding
 der Unkosten findet Zellerfassung statt. Nach der Versammlung gemütliches
 Beisammensein. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Bevollmächtigte.
 176/15

**Große öffentliche
 Versammlung für Männer u. Frauen**
 am Sonntag, den 24. April, Abends 7 Uhr,
 im Gesellschaftshaus „Ostend“, Rüdigerdorferstrasse 45.
 Tagesordnung: 1. Klaffengegenstände und Klassenkampf. Referent:
 Genosse Hübsch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Eintritt 10 Pf. — Nach
 der Versammlung: Kränchen vom Gefelligen Verein „Mehr Licht“ (Mitglied
 des Bundes der gefelligen Arbeitervereine). 197/17
 Um zahlreiches Besuch bittet
Der Einberufer.

Charlottenburg.
**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der
 Tischler u. a. gewerbl. Arbeiter.**
 Sonntag, den 24. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Krause, Wilmersd. 78 I:
Versammlung. 364/2
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom 1. Quartal 1892. 2. Besprechung der Krankenkassen-
 Befehle. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.

G. Scharnow's
 anerkannt leistungsfähigste
Uhren-Fabrik
 Berlin S.,
 Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz,
 besteht seit 1860. Auerl. beste Bezugsquelle.
 Nickel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.
 Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an
 Goldene Damen-Uhren v. 20 M. an
 do. Anker-Herren-Re-
 montoir-Uhren v. 50 M. an
 Regulatoren v. 8 M. an
 do. in poliertem Kup-
 ferner Gehäuse, ca. 1 Mtr.
 lang, 14 Tage gehend, v. 14 M. an
 Weder-Uhren in verschied.
 Mustern v. 3,50 M. an
 Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu
 fünf Jahren.
 Bitte genau auf die alte Firma Oranienstr. 152 zu achten. 2077L

Genossen! Führe nur Güte mit der echten Arbeiter-Kontrollmarke,
 welche von der Kommission herausgegeben ist, daher nicht theilweise,
 sondern mein ganzes Lager damit versehen ist. Schuhmarke Nr. 1590. Woll-,
 Filz-, Strohh- und Gylinderhüte von 3 Mark bis zu den feinsten.
 Schirme und Spazierstöcke. 2148L

Adolph Kehr,
 126, Köpenickerstr. Sonntag, den 1. Mai geschlossen. Köpenickerstr. 126

Zur rothen Cravatte.
 Invaliden-Strasse Nr. 147, Ecke der Bergstraße.
 Billigste Bezugsquelle für Sonnen- u. Regenschirme, Handschuhe,
 Cravatten, sämtliche Herrenwäsche, Hosenträger etc.
Buch- und Steindruckerei
 2222L
 nebst Buchbinderei
Sillier, Janiszewski & Co.,
 Oranienstraße 54, am Moritzplatz,
 empfehlen sich zur Anfertigung von Flugblättern, Statuen, Formulare u.
 Quittungs- u. Kontrollmarken nur eigener Fabrik.
Plakate für die Anschlagstulen zum Preise wie bei
 Hauck & Hartmann.

Hutfabrik Wilhelm Böhm.
 1. Geschäft: Blücherstr. 11, vis-à-vis der Kreuzkirche.
 2. Geschäft: Dresdenstr. 123, zwischen Oranienplatz und Kottbuscher Thor.
 Sämtliche Güte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Schirmen und
 Strohhüten. 2112L

J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt,
 Oranienstr. 55, Moritzplatz, Spr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik
 für Unbemittelte 8-9 Sm., 1-3, 5-6 Nachm. (inkl. Zähne 2 Mark).
 Hierzu eine Beilage.

Parteinachrichten.

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens trat am 19. April in Hohenstein-Ernstthal zusammen. Anwesend waren 48 Delegierte und 7 Landtagsabgeordnete ohne Mandat. Abg. Geier-Leipzig berichtete, daß der Stand der Presse trotz der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage ein zufriedenstellender sei; wolle man neue Blätter herausgeben, so sei vor allem die Finanzlage zu erwägen. Von Gründung eigener Druckereien sei abzurathen. Pflicht der Genossen wäre es, die Presse unserer Partei in jeder Richtung zu unterstützen, zunächst durch Einsendung von Lokalnотizen. Der lokale Theil sei mehr zu pflegen, einmal um möglichst viele Leser zu bekommen, dann, um durch Darstellung und entsprechende Beleuchtung auch lokaler Ereignisse auf die Leser zu wirken und das wieder gut zu machen, was die bürgerliche Presse hier gesündigt. Es müßten ferner die Arbeiter ihren Blättern mit Geldunterstützungen zu Hilfe kommen, ohne daß sich jedoch eines der Blätter auf diese Unterstützung verlassen dürfte. Auch das Inseratenwesen müsse als finanzielles Hilfsmittel mehr gepflegt werden; die Genossen hätten natürlich Sorge zu tragen, daß Inserate schlüpfriger z. B. Natur bei sozialdemokratischen Blättern keine Aufnahme finden. Die Presse sei ein Hauptkampfsmittel unserer Partei und müsse deshalb auf alle Fälle hochgehalten werden. Paeplow-Chemnitz meint, daß wegen des neuen Zwidauer Blattes, zu dessen Gründung die dortigen Genossen von der Vorconferenz ermächtigt worden sind, und infolge dessen die Frage der Vereinigung des Chemnitzer und des Burgstädter Organs ansteht, weil es nötig erscheint, dem geplanten Zwidauer Blatt einen Theil des Leserkreises der vorerwähnten beiden Blätter zuzuwenden, — daß wenn die Vereinigung zu Stande käme, die Burgstädter „Volksstimme“ eingehen müsse, weil Chemnitz der bessere Verbreitungsbereich sei. Grünberg-Dartha erklärt jedoch, daß die Burgstädter „Volksstimme“ der Partei sehr große Dienste leiste, 4800 Abonnenten habe und deshalb von einem Eingehenlassen des Blattes keine Rede sein könne. Die Landesconferenz geht über den Chemnitzer Wunsch nach Verschmelzung beider Blätter zur Tagesordnung über und beschließt, daß die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwidau als Zentralpunkte für die Presse angesehen sind und für den 18., 22. und 23. Wahlkreis ein neues Blatt, mit Zwidau als Bestimmungsort, gegründet werden soll. Weiter wird beschlossen, ein allgemeines Flugblatt herauszugeben, in welchem die Ursachen der wirtschaftlichen Krise und die Soldatenmishandlungen berücksichtigt werden sollen, und dann an Stelle des bisherigen Zentral-Wahlkomitees ein neues bestimmt, das in Dresden seinen Sitz hat und von den dortigen Genossen zu wählen ist. Mit der Ausarbeitung des Flugblattes sind die Dresdener Genossen ebenfalls beauftragt. Ferner beschließt man die Einrichtung von Rednerlisten, nachdem beantragt war, daß die vier Agitationskomitees Listen der in den einzelnen Bezirken vorhandenen Redner aufzustellen und diese den Genossen mitzuteilen haben. Eine Resolution, in welcher den in Sachsen vorhandenen Genossen nicht-fürsichlicher Abkunft die Erwerbung der Staatsangehörigkeit empfohlen wird, fand Annahme, desgleichen einstimmig eine andere Resolution, in welcher die Genossen aufgefordert werden, die Organisation der Partei kräftigst auszubauen und je nach den lokalen Verhältnissen Wahlvereine, Arbeitervereine oder sonstige Organisationen zu begründen, sich an allen Gemeindevahlen zu beteiligen, die Agitation auf dem Lande in Wort und Schrift nach Maßgabe der für die ländlichen Bezirke einschlagenden Verhältnisse energisch zu betreiben, so namentlich auch durch zeitweilige Ausgabe von Flugblättern. Der Landtags-Fraktion wurde für ihre Thätigkeit debattellos die Zustimmung ausgesprochen. Der Bericht des Zentral-Wahlkomitees ergab, daß bei demselben 1861 M. eingegangen sind. Die Kosten der Landtags-Wahl in allen Kreisen stellen sich, einschließlich des allgemeinen Flugblattes, auf 9000 M., so daß jede sozialdemokratische Stimme 25 Pf. Kosten verursachte. Der Vorsitzende Rade schloß die Konferenz mit der Erklärung, daß dieselbe die Einigkeit der Partei wiederum bewiesen habe, was angesichts des neuen Kartells von doppelter Bedeutung sei. Man würde auf diese Weise mit dem Ministerium Meisch ebenso fertig werden, wie man mit dem Mann von Blut und Eisen fertig geworden ist. Zum Schluß mag noch mitgeteilt sein, daß der überwachende Beamte, der Amtshauptmann des Bezirkes Glauchau, also ein höherer sächsischer Beamter, es nicht gefaßt hat, daß die Landesconferenz eine Pause machte; dieselbe mußte deshalb ununterbrochen tagen. Auf die Anfrage, auf welche Vorsehbestimmung er sich stütze, erwiderte der Amtshauptmann, daß er sich auf eine Disziplin nicht einlasse; wenn man seine Maßregel für unbedeutend halte, dann solle man sich beschweren, und wenn die Versammlung sich vertage, werde er dieselbe als geschlossen ansehen, sich entfernen und die Fortsetzung der Disziplin durch die Polizei-Organe verhindern lassen.

Es wäre immerhin von Interesse, zu erfahren, ob das Ministerium Meisch auch diese Maßregel billigt.

Praktisches Christenthum im Schwarzwald. Der „Offenburger Volksfreund“ berichtet in Nr. 45 vom 13. April, daß in Triberg dem in dem großen Geschäft der Firma Sieble 15 Jahre lang beschäftigt gewesenen Arbeiter Josef Hirt keine Arbeit mehr gegeben und er damit brotlos wurde, weil an demselben ein Paket lauter geschätzter sozialdemokratischer Schriften, worunter der „Wahre Jakob“, gesandt worden war. Das Paket wurde von der Post in der Brauerei Köhle, woselbst ein Namensvetter Hirt's wohnt, irrtümlich abgegeben. Der Namensvetter trug das von ihm geöffnete Paket in die Wirthshaus, woselbst der Gendarm Pap sah; dieser nahm einen Theil der Schriften an sich. Erst 8 Tage später bekam Josef Hirt das Paket von der Post zugesandt, verweigerte aber wegen des üblen Zustandes der Sendung die Annahme und die Postverwaltung ersuchte dem in Furchtmangen wohnenden Absender die verdorbenen Schriften mit 50 Pf. Gendarmerie-Wachmeister Holz unterzeichnete Herrn Sieble von dem Vorfalle und Josef Hirt verlor seine Arbeit. Arm und krank liegt er jetzt auf dem Strohbett und kann sich auf die fündige Reichspost, auf christliche Fabrikanten und ebenso christliche Gendarmen den geziemenden Verdanken.

Die Feuerwehren fangen jetzt an, unter dem Einflusse der Gemeinde-Honoratioren die sozialdemokratischen Mitglieder auszuschließen. In der Regel ist die Ursache des Ausschusses, daß unsere Genossen sich nicht als Staffage für Schaustellungen der reaktionären Parteien hergeben, überhaupt Zwecke, welche mit der Aufgabe der Feuerwehre nichts zu thun haben, nicht unterstützen wollen. Unsere Genossen werden sich über den Ausschluß freuen. Eine andere Frage ist es, ob die Feuerwehrorganisation, die doch auf die allgemeine Unterstützung angewiesen ist namentlich in Orten, welche eine Berufsfeuerwehre nicht bezahlen können, von der Verquickung mit reaktionären politischen Tendenzen Vortheil hat.

Bitte! Der Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiter von Greifenhagen in Pommeren will sich eine kleine Bibliothek anschaffen. Da er jedoch nicht in der Lage ist, die

hierzu nötigen Mittel selber aufzubringen, so bittet er jeden Genossen, ihn in dieser Sache zu unterstützen und dem Unterzeichneten gelehene Bücher und Schriften zukommen zu lassen. Dieselben werden zur Aufklärung des Proletariats verwendet, eingedenk des Spruches: Wissen ist Macht! Unkosten werden zurückerstattet. Ad. Pannenberg, Bildhauer, Greifenhagen.

Lokales.

Der „Verein der Berliner Weißbier-Biethel“ hat wieder einmal das Seinige dazu beigetragen, die soziale Frage zu „lösen“. Ein pflichtgetreuer Weißbier-Berichterstatter meldet den kapitalistischen Zeitungen nämlich, daß der Verein in Lokale seines Vorsitzenden in außerordentlich feierlicher Weise die diesjährige „Prämierung treudienender Gastwirthsgehilfen und Gehilfeninnen, welche 8 bezw. 6 und 10 Jahre hintereinander bei demselben Vereinsmitgliede thätig gewesen sind“ vorgenommen habe. Den Reporterphrasen nach zu urtheilen, war Alles festlich: der Akt, die Kleidung, die Haltung der Anwesenden. Die Ansprache des Vorsitzenden war überaus herzlich und dann die Prämien: Sozialdemokratie verhalte dem Haupt, hör' und lies!

Die höchste Auszeichnung des Verbandes, das Diplom der Theodor Müller-Stiftung, welches nur nach 10jähriger zweier Dienstleistung und nur unter Voraussetzung der zweimaligen Vorprämierung mit dem gewöhnlichen Diplom (für 3jährige Dienstleistung) und der silbernen Medaille (für 6jährige Dienstleistung) verliehen werden darf, erhielten einige besonders folgsame Knäblein und Mädchlein. Jetzt kommt die „zweite Güte“:

Die silberne Medaille (sechsjährige Dienstzeit) konnte an 8 Kellner und das Diplom für dreijährige Dienstzeit an 12 männliche und 17 weibliche Gehilfen verliehen werden. Und schließlich der Rest: Vier „ausgezeichnete“ erhielten Lehrbriefe. — Um nicht ungerecht zu sein, wollen wir hervorheben, daß das Diplom erster Güte Anrecht gewährt auf Unterstützung aus der Th. Müller-Stiftung. — wenn die Lage der Betreffenden sich einmal ungünstig gestalten sollte.

Diplom einer Stiftung, silberne Medailien, nochmals Diplom und schließlich Lehrbriefe, — das sind doch noch Belohnungen für folgsame Arbeiter. Wir haben viele Wünsche, wir hegen große Hoffnungen, aber eins ist unser höchster Wunsch, unsere höchste Hoffnung, — ein Diplom aus der Theodor Müller-Stiftung!

Einem Beitrag von 50 000 Mark hat der Magistrat bewilligt zum Bau einer dritten Kirche in der St. Markus-Gemeinde. Der Stadtverordneten-Versammlung ist eine Magistratsvorlage zugegangen, in welcher dieselbe ersucht wird, zu dem Magistratsbeschlusse ihre Zustimmung zu erteilen. Die Gemeinde besitzt bereits eine Kirche, eine zweite ist in Bau begriffen, die dritte liegt im Projekt vor. Angeregt wurde dasselbe von einer „aus dem Kreise der Markuskirche zusammengetretenen Subkommission des evangelischen Kirchenbau-Vereins“, der Gemeindevorstand schloß sich dieser Anregung an u. s. w. u. s. w. Die Kosten des Baues sollen „nur“ 275 000 Mark betragen, und zwar weil der Bauplan von einer Allien-Gesellschaft umsonst hergegeben wird. Welch fromme Gesellschaft, Welch frommen Aktionäre! Weiter ist an baarem Gelde vorhanden 35 458 Mark durch Sammlungen aufgebracht, 75 000 Mark spendete die Kaiserin aus dem ihr zur Verfügung stehenden Fonds des Kirchenbau-Vereins, 50 000 M. soll jetzt die Stadtverordneten-Versammlung bewilligen und für das Uebrige setzt man große Hoffnungen auf den Säckel der Stadtsynode. Zuerst wollte die übliche Subkommission nochmals den Kängelbeutel in der Gemeinde kurbeln lassen, aber dieser Plan wurde als gänzlich aussichtslos aufgegeben, weil die Mitglieder der Markuskirche zum großen Theil der „weniger bemittelten Stände“ angehören und von frommen Sammlungen ein Beitrag nicht mehr zu erwarten sei. Zum besseren Verständniß wollen wir hier einschalten, daß das Terrain, auf welchem die Kirche erbaut werden soll, liegt in der Kreuzung der — Straßen 69 und 63, nördlich der Frankfurter Allee, südlich vom Viehhoft! Das ist ein Stadtteil, welcher fast ausschließlich von Arbeitern, die — leider! — nur ganz billige Wohnungen mieten können, bewohnt wird. Dort soll laut dem Magistratsbeschlusse eine Kirche dringend notwendig sein, und für den Bau soll die Allgemeinheit der Steuerzahler 50 000 M. aufbringen.

Es ist wahrscheinlich, daß die „freisinnige“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung die 50 000 M. bewilligt, wenn auch nicht ohne verächtliche Bedenken; allgemach kommt auch die kirchliche Freisinnigkeit des Fortschritts“ mehr und mehr ins Wanken, und zur Bewichtigung ihrer „freisinnigen“ Gewissensnath hat sich denn auch die Mehrheit begnügt, vorläufig die Vorlage an eine Kommission zu überweisen.

Die Zahl der Sighäute, die von der städtischen Parlaments-Deputation in den öffentlichen Anlagen aufgestellt sind, wird in diesem Frühjahr gegen 2200 betragen. Darunter sind noch einige ältere Bänke, die nur aus Fußgestell und Sighrett ohne Lehnen, bestehen; diese sollen nach ihrer Abnutzung in der alten Form nicht wieder erneuert werden. Der Preis für die neuen Bänke, von denen jährlich gegen 100 Stück neu aufgestellt werden, beträgt 35 M. für das Stück.

Das neue Schöneberger Bahnhofsgebäude und die im Zuge der Kolonnenstraße neu errichtete Bahnbrücke wurden in der Nacht zum Donnerstag von einem Feuer heimgesucht, das dem kaum beendeten Baue unangenehmen Schaden zugefügt hat. In dem Winkel, der von den Fundamenten der Brücke und des Bahnhofsgebäudes gebildet wird, hatte man eigenthümlicher Weise eine Bretterbude errichtet, in der Petroleum u. dgl. aufbewahrt wurde. Die Bude, auf die sehr leicht von der Straße aus mit oder ohne Absicht brennende Zigarren u. dgl. geworfen werden können, geriet plötzlich in Brand, der erst gelöscht werden konnte, als die Bude zusammengefallen war. Die Grundmauern des Bahnhofsgebäudes sind stark ausgeglüht, Haus und Brücke mit einer fettigen, blauschwarzen Rußschicht überzogen, die namentlich in den Sandstein stark eingezogen ist.

Das amtliche Reichskursbuch enthält, wie wir schon einige Male nachwiesen, einige Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten. Auf einen sehr unangenehmen Fehler in demselben werden wir jetzt aufmerksam gemacht. Der letzte Zug, der Abends von Hamburg nach Berlin fährt (ab Hamburg 11 Uhr Nachmittags, an Berlin Seyditz Bahnhof 5 Uhr 40 Minuten Vormittags) soll nach dem Reichskursbuch erste bis vierte Klasse führen; es fährt aber thatsächlich keine vierte, sondern nur erste bis dritte Klasse. Der Proletarier, der sich auf das amtliche Reichskursbuch verlassen hat und Abends um 1/11 Uhr am Hamburger Bahnhofschalter ein Billet vierter Klasse nach Berlin fordert, bekommt die Antwort: „Vierte Klasse giebt's nicht!“ und hat die Wahl, entweder den doppelten Fahrpreis für die dritte Klasse zu zahlen oder erst den anderen Tag zu fahren, wo er vierter Klasse um 9 Uhr abfährt und um 4 Uhr in Berlin anlangen kann. Das

ist ein Fehler, der in dem amtlichen Kursbuche denn doch nicht vorkommen dürfte. Wir wollen sehen, ob er sich in der demnächst erscheinenden Sommerausgabe wieder findet.

Das Thema der Schund- und Hintertreppen-Romane bespricht die bürgerliche Presse ob und zu, um doch „so zu thun“, als ob sie dieses Unwesen ernstlich bekämpfte. Die bürgerlichen Parteien treten nicht für die Schulkonform ein, ein guter Theil der bürgerlichen Blätter bringt selbst den leichtesten Unterhaltungsstoff und „der Verein für Massenverbreitung guter Schriften“, reicht Wasser statt Wein. Das Gerübe ist also eitel Heuchelei, Augenblicklich macht wieder ein Artikel über Hintertreppen-Romane wohl nur deshalb die Runde durch die bürgerlichen Blätter, weil er einige Späßen enthält. Drollig ist, daß auch der „Lokal-Anzeiger“ den Artikel übernimmt und hinzufügt: „Wir schließen uns dieser Anschauung (daß „Mittel und Wege zur Unschädlichmachung dieser Volksverderber“ gefunden werden müßten) voll und ganz an.“ Den „Lokal-Anzeiger“ über Hintertreppen-Romane eifern zu sehen, berührt doch ebenso, wie wenn man den Dieb rufen hört: Haltet den Dieb!

Ein gefährlicher Brand entstand vorgestern in der Mittagsstunde im Hause Friedrichstr. 91/92. Eine in dem Hause in Privatpension wohnende Dame beging die Unvorsichtigkeit, sich im Bette liegend die Haare zu brennen; plötzlich fiel die Spirituslampe um, wodurch das Bett Feuer fing. Die junge Dame rief sofort um Hilfe, die ihr auch von hinzueilenden Hausbewohnern gewährt wurde. Außer dem Mobiliar des Schlafzimmers sind noch viele Gegenstände unbrauchbar geworden. Die junge Dame trug leichte Brandwunden davon und mußte ohnmächtig in ein Nebenzimmer getragen werden.

Der Restaurateur C. Appier schreibt uns, daß die ihn betreffende Bemerkung in dem Versammlungsbericht der Berliner Lokalkommission in Nr. 92 d. Bl. auf einem Mißverständnis beruhen müsse. Am ersten Feiertag sei ein ihm unbekannter Herr in sein Lokal getreten und habe ihm gesagt, er sei von Gästen eines Lokals aus der Greifswalderstraße geschickt, um ihm Billets zum Sterneder anzubieten. Er habe darauf erwidert, daß er von seinen Gästen stets mit Billets versehen würde, also keine weiteren gebrauchen könne. Der Herr habe dann weiter gesagt, daß die Billets nur vom Komitee ausgegeben würden; er, der Restaurateur, habe aber nicht weiter Zeit gehabt, die Unterhaltung fortzuführen, da er geschäftlich zu thun gehabt. Er habe stets Plakate und Billets zu Vergünstigungen und Versammlungen vertrieben, habe aber stets die Billets von seinen Gästen erhalten, er habe auch eine Zahlstelle für die Genossenschaftsbäckerei und sei es ihm gar nicht eingefallen, sich zu weigern, die Billets zur Maifeier zu vertreiben. Uebrigens bemerkt Herr Appier noch, daß er nicht Greifswalderstr. 23, sondern Marienburgerstraße 23 wohne.

Dritter evangelisch-sozialer Kongress. Zum gestrigen Besuche sei berichtend bemerkt, daß Dr. Rade angesichts der Noth-Schlachtfelder bedauert hat, daß die Pastoren — nach seiner Ansicht — die Aufgabe haben, den Staat als Inbegriff der Arbeiterfreundlichkeit hinzustellen.

Polizeibericht. Am 21. d. M. Vormittags wurde ein vierjähriger Knabe auf dem Hofe des Grundstücks Prenzlauerstr. 19 bei einer Pferde-Auktion von einem Pferde geschlagen und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Bei Aufstellung einer Stangenreihung auf dem Grundstück Hornstr. 5 stürzte Nachmittags der Maurer Wolf aus dem zweiten Stockwerk auf den Hof herab und erlitt anßer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Urban erforderlich wurde. — Vor dem Hause Möckernstr. 93 wurde Abends ein obdachloser Arbeiter mit einer bedeutenden, angeblich von einer Schlägerei herrührenden Verletzung am Bein aufgefunden und nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Im Laufe des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden fünf kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Den gestern von uns mitgetheilten Verfügungen des Justizministers im Interesse eines schnellen und unparteiischen Verfahrens in Strafsachen, dürften sehr bald weitere die Rechte der Untersuchungs-Gefangenen betreffende Anordnungen folgen. Im Ministerium ist man gegenwärtig anlässlich einiger Beschwerden mit diesem für die Vertheidigung so wesentlichen Gegenstande befaßt. Die §§ 137, 148 Str.-Pr.-O. gewährleisten erst vom Tage der Eröffnung des Hauptverfahrens ab unbeschränkten, unkontrollirten schriftlichen und mündlichen Verkehr der Untersuchungsgefangenen mit ihren Vertheidigern. Daß dieser Verkehr von einer vorgängigen richterlichen Genehmigung nicht abhängig gemacht werden dürfe, hat auf Beschwerde des Rechtsanwalts Stadthagen das Kammergericht entschieden. Seitdem sind insbesondere im Untersuchungsgefängniß zu Moabit dem Vertheider der Vertheidiger mit ihren Klienten Schwierigkeiten nicht bereitet. Dieser freie Verkehr betrifft aber nur die Zeit von der Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Für die davor liegende vorangehende Untersuchungszeit jedoch ist das Kammergericht nicht in der Lage, über Beschwerden wegen Beschränkungen des Verkehrs zu entscheiden. Die Beschwerden betreffen wesentlich den Umstand, daß in dem schriftlichen Verkehr zwischen Untersuchungsgefangenen, die der Aufsicht jüngerer Richter unterstellt sind, und ihren Vertheidigern zwischen dem Wunsch des Angeklagten mit seinem Vertheidiger über eine Beschwerde Rücksprache zu nehmen und der Uebermittlung dieses Wunsches die Beschränkungen häufig verstrichen sind. Eine andere Beschwerde betrifft die Erklärung eines Richters: er wüßte der Unterredung des Vertheidigers mit dessen Klienten beizuwohnen, habe aber an dem Tage, an dem die Unterredung stattfinden sollte, bereits einige Stunden terminirt, sei deshalb nicht in der Lage, anmerklich zuzuhören und müsse die erbetene mündliche Unterredung versagen. Die Strafkammer hat sich in diesem Falle auf erhobene Beschwerde für unzulässig erklärt, da in einer nicht rechtzeitig gegebenen Möglichkeit des mündlichen oder schriftlichen Verkehrs der beiden gedachten Faktoren eine Verögerung bei Erledigung richterlicher Geschäfte liegen würde, über die allein die Aufsichtsbehörden befinden könnten. Auch der Kammergerichts-Präsident hat sich aber zum Erlaß genereller Anordnungen befaßt. Abstellung der erwähnten Mängel für unzulässig erklärt, als das vom letzten Justizminister erlassene Gefängnisreglement die Art des Verkehrs bereits geregelt habe. Infolge dessen ist man im Justizministerium zur Zeit mit der Frage beschäftigt, ob das Gefängnisreglement zu ändern ist oder welche anderen Vorkehrungen im Aufsichtsweg zu treffen sind, damit es den Untersuchungsgefangenen ermöglicht werde, stets innerhalb der Beschwerdefrist mit ihren Vertheidigern in Verkehr zu treten.

Soziale Arbeiterzeitung.

Aufruf an die Maler, Radierer, Kupferstecher und verw. Berufsgenossen Berlins und der Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen. Kollegen! Laut Beschluß der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. können alljährlich Provinzialtagungen einberufen werden. Nachdem nun die Berliner Filialen die Angelegenheit besprochen und die Abhaltung eines solchen für zeitgemäß erachtet haben, richten wir an die Kollegen den Ruf: Nehmt Stellung zum diesjährigen Provinzialtagung, welchen wir zwischen Ostern und Pfingsten abzuhalten gedenken. Ort und Tagesordnung wird später bekannt gegeben. Kollegen! Ein Jeder wird von der Nothwendigkeit durchdrungen sein, daß unsere Organisation groß und stark gemacht werden muß. Dazu ist unumgänglich, das Solidaritätsgefühl auch unter den Kollegen in den Provinzen wachzurufen.

Alle Arbeiterblätter der erwähnten Provinzen werden um Abdruck gebeten.

Mit kollegialen Gruß
J. A.: Oskar Schäfer, Radierer,
Berlin, Weidenweg 77.

Aus auswärtigen Buchdruckerkreisen geht und folgender Artikel zu, den wir, ohne daß dem Urtheil der Genossen dadurch in irgendwelcher Weise vorgegriffen werden soll, dem Wunsch des Einsenders gemäß hiermit zum Abdruck bringen:

„Mit Arbeitern verhandeln wir nicht!“ sagte der Geschäftsführer der Eisenindustriellen und er sprach wenigstens richtig aus, wie die Unternehmer denken. Anders die Buchdrucker-Besitzer. Sie drängen ihren Arbeitern in heuchlerischen Scheinliberalismus eine Unterhandlungsmaschine auf, weil sie mit derselben immer vortrefflich gefahren sind. In einem Einigungsamt kommen je ein Tugend Vertreter von Unternehmern und Arbeitern zusammen und bestimmen für das gesamte Buchdruckergewerbe die Arbeitsverhältnisse. Während nun die Arbeiter über dieses Maß hinaus Forderungen zu erheben können, sei es nun in den arbeitsreichen Monaten, in den Intervallen eines wirtschaftlichen Aufschwungs oder auch dann, wenn ein günstiger Stand ihres Gewerkschafts sie dazu befähigt, es sei denn, sie läßt die allgemein festgesetzten Arbeitsbedingungen, wozu beinahe ein Jahr gehört, während dem sich die Unternehmer nach Belieben rufen können, um die langsam andringenden mit blühenden Köpfen nach Hause zu schicken, kümmern sie, die Unternehmer, sich um die Abmachungen in dem Einigungsamt wenig, doch nur insoweit, als sie durch den Gewerkschafts Vertreter dazu angehalten werden. Darum wissen die Unternehmer auch ihren Klau an der Bewegungsfreiheit der Gehilfen zu schätzen und erlassen jetzt an die Arbeiter, die ihre Vertreter aus dem Einigungsamt zurückgezogen haben, die Aufforderung, neue Vertreter zu wählen. Da die Wahl auf Grund der alten Geschäftsordnung des Einigungsamts (Tarifkommission) geschehen soll, erkennen die Gehilfen, wenn sie darauf eingehen, zugleich auch die anderen Bestimmungen dieses Statuts an, das eben die lange Kündigungszeit des Tarifs vorschreibt und jede Aktion im voraus untergräbt. Aber noch mehr. Dieses Statut wird von den Unternehmern im weiteren so ausgelegt, daß die alten Lohnsätze stets bestehen bleiben, im Falle die Tarifkommission (das sind im Grunde die in der Ablehnung eines neuen Unternehmers) Forderungen der Gehilfen ablehnt. Demgemäß würde keine noch so bedeutende Vertteuerung der Lebensbedürfnisse den Gehilfen die Gewährung, ihren Lohn aufgebessert zu erhalten; thatsächlich haben die Forderungen der Unternehmer auch nur immer in wenigen Prozent (2/3, 5) bestanden. Allerdings meint man, dieselbe Bestimmung des Tarifs biete auch einen Schutz gegen Reduktionen; werden jedoch solche auf dem geduldeten Papier des Tarifs verhindert, so geschehen sie einfach in Heften wirtschaftlicher Krisen u. s. w. bei der Lohnberechnung, indem die Interpolation des Tarifs erhalten muß oder der einzelne Unternehmer sich weigert, den Tarif zu bezahlen. Vollzieht nun der Aufforderung der Unternehmer gemäß die Gehilfenschaft im Buchdruckergewerbe die Vertreterwahl, so sät sie sich der Tarifauslegung der Unternehmer, die eben in der Behauptung der ununterbrochenen Fortdauer des Tarifs gipfelt und damit einer Aufhebung der Ausübung des Koalitionsrechts für die Buchdruckergehilfen gleichkommt. Verhalten sich die organisierten Buchdruckergehilfen ablehnend zu der Wahl, so ist freilich nicht ausgeschlossen, daß ein Theil der Unternehmer versuchen wird, mittels Drucks auf ihre Arbeiter und die indolenten Gehilfen Vertreter wählen zu lassen, er würde dann mit diesen Heimpelmannern die Legalität des „unendlichen“ Tarifs dekretiren. Ob dieser komplizierte Theil der Unternehmer nebenbei eine Reduktion des Tarifs vornehmen würde, ist fraglich, befürchtet wird es in Gehilfenkreisen mehrfach. Die kürzlich in Wien gemachten Erfahrungen, wo nach dem verunglückten Streik die Unternehmer, nachdem die Gehilfen abgelehnt hatten, außer auf Grund der verkürzten Arbeitszeit mit ihnen zu verhandeln, den alten Tarif ohne Vornahme der beschränkten Reduktion weiter beibehalten, lehren aber, daß das Unternehmertum eine selbst momentan besiegte Gehilfenschaft fürchtet, sofern diese nur hart und unbedingbar bleibt. Entgegengesetzt ist in Deutschland wahrscheinlich, daß die Unternehmer, wenn ihnen die Gehilfen einmal mit der Wahl von Vertretern den Willen gethan haben und die Gehilfen-Vertreter es dann wagen sollten, gegen eine Reduktion zu stimmen, die Reduktion durch ähnlichen Hochdruck ebenso wie die Wahl erreichen bzw. schlimmstenfalls einseitig ansprechen würden. Daß die Unternehmer den Tarif, den sie gegen die Gehilfen anwenden, nach Gefallen in die Höhe werfen, zeigt das Vorgehen der Geschäftsinhaber Berlins, die einfach an Stelle der Verbringstala des vereinbarten Tarifs eine zu ihren Gunsten ausgearbeitete Stala annehmen und danach verfahren. Außerdem würden die emagrineten Unternehmer, bei ablehnendem Verhalten der organisierten Gehilfen und veräußerter Zwangswahl nur Stückwerk schaffen können. Viele ihrer Klassengenossen sind gegen das Einigungsamt, weil es stets den Leipziger Buchdruck bevorzugte — die dortigen Unternehmer haben das Nest in Händen — und jene Gegner der „Tarifgemeinschaft“ würden ihre Gehilfen zu keiner Wahl zwingen. Große Landestheile, wie Rheinland-Westfalen und Thüringen sandten seit langem sogar nicht einmal Prinzipalvertreter zu den Verhandlungen und es ging dort ohne „Tarifgemeinschaft“, auch der Gewerkschaft hatte viele Anhänger dabeilbst. Setzen nun die Heißsporne im Lager der Unternehmer eine Zwangswahl in Szene, so würde ein „tobtes Kind“ geboren, das weder die Unternehmer beglücken, noch die Arbeiter schrecken könnte. Das Bedürfnis nach Ruhe ist im Buchdruckergewerbe ziemlich allgemein auf beiden Theilen vorhanden, Grund genug, den Popanz einer Wahlauforderung zu ignoriren und sich nicht wieder durch einen scheinbittigen Unternehmerrationalismus über den Köpfen barbarieren zu lassen.“

Die lokal organisierten eingeschriebenen Hilfsklassen Thüringens halten demnächst einen Kongress ab, um zu den neuen Bestimmungen des Krankenkassen-Gesetzes Stellung zu nehmen.

Von der „Planmäßigen“ Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Aktiengesellschaft für Eisenindustrie in Styrum hat wegen Einstellung des Blechbetriebes sämtliche Arbeiter des Blechwalzwerkes gekündigt. — Wegen mangelnden Kohlenabfahes sollen, nach Meldung von zuständiger Stelle, auf allen Gruben des Waldenburger Bergreviers Arbeiterentlassungen bevorstehen. In der Wylslowitz-Grube soll demnächst die Entlassung sämtlicher weiblichen Arbeitskräfte erfolgen. — Ueber die Lage der niederösterreichisch-westfälischen Montanindustrie im ersten Viertel des Jahres 1892 äußert sich die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ u. A. wie folgt: „Mangelnde Beschäftigung bei ungenügenden Preisen charakterisirt im Allgemeinen das Geschäft, die Preise langten auf einem solchen Tiefstande an, daß

für die meisten Walzwerkezeugnisse keine Rede mehr sein konnte. Einschränkungen der Betriebe mit Ausnahme des Hochofenbetriebes — und Entlassung von Arbeitern waren stellenweise daher nicht zu vermeiden. Diese Maßnahmen dürften eine weitere Ausdehnung erfahren, wenn die Staatseisenbahn-Verwaltung mit neuen Ausschreibungen noch länger zürückhält. Ausschreibungen von Eisenbahnmateriale sind in diesem Jahre noch sehr wenig erfolgt, da im vorigen Jahre fast bei allen Bahnen große Submissionen für den diesjährigen und den nächstjährigen Bedarf stattgefunden haben. Dabei ist es sehr zu beklagen, daß manche der inländischen Bahnen ihre Materialbestellungen bei der Konkurrenz mit ausländischen Werken, falls letztere nur um ein Geringes billiger als die deutschen Werke sind, ins Ausland vergeben, während von den Bahnen anderer Länder, wie z. B. England, Belgien, solches nicht zu geschehen pflegt.“ — Die Leitungen von Rostenfabriken, Maschinenfabriken, Eisengießereien, Schiffswerften, Kesselschmiedereien und Bleichen-Anstalten klagen übereinstimmend über Schwierigkeiten, neue Arbeit zu beschaffen.

Die Generalversammlung der Central-Krankenkasse der deutschen Wärtcher (Sitz Bremen), welche zu Ostern d. s. l. tagte, beschloß folgende hauptsächlichsten Aenderungen: Einführung der ärztlichen Untersuchung und der vierzehnten Beitragswache, die Unterstützung nach den bisherigen Sätzen und zwar 13 Wochen voll und 13 Wochen die Hälfte zu gewähren, für die ersten 8 Tage bei erwerbsunfähigen Kranken nur 1 M. pro Tag. Der bisherige Hauptvorstand wurde wiedergewählt, jedoch der Sitz des Ausschusses nach Hamburg verlegt.

Die Kasse besitzt in 7 Filialen ca. 4500 Mitglieder; die Einnahmen inkl. Kassenbestand betragen seit 1. Juli 1890 bis jetzt 168 949,80 M., die Ausgaben 155 806,22 M., das Kassenvermögen hat sich um 8143,88 M. vermindert.

Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wird geschrieben: Die Befürchtungen wegen weiterer Arbeiterentlassungen im Kohlen-Bergbau scheinen durch die Wirklichkeit selber übertroffen zu werden, denn neuerdings wurde wiederum mehreren hundert Bergleuten pro 1. Mai gekündigt. So entlassen, um nur einige Beispiele anzuführen, die Felsen „Wilhelmine Viktoria“ bei Schalte 290, „Christian Levin“ bei Feintroy 190, „König Wilhelm“ 78, „Ludwig“ bei Reilinghausen 20 Mann. Größere Entlassungen scheinen sich auch bei Blechwalzwerken vorzubereiten, denn die Aktiengesellschaft für Eisenindustrie in Styrum bei Oberhausen hat sämtliche im Blechwalzwerk beschäftigten Arbeiter wegen Einstellung dieses Betriebes gekündigt. Daß diese Arbeiterentlassungen auch Freischichten und Lohnreduktionen im Gefolge haben, ist nicht zu verwundern, obgleich eine Anzahl Wochen der kürzlich beschlossenen zehnprozentigen Fördereinschränkung für mehrere Monate sich nicht anschließen werden. Auf welche Weise die entlassenen Arbeiter beschäftigt werden sollen, ist ein Räthsel.

Folgendes unbegreifliche Geschehen soll das bayerische Landes-Versicherungsamt gefügt haben. Danach habe eine Berufsgenossenschaft für die Kohlen der Ansetzung einer k. n. s. l. lichen Hand nicht aufzukommen, es könne in einer solchen nicht ein Heilmittel, sondern nur eine selbständige Vorrichtung zum Erfolge der dauernd fehlenden Hand erblickt werden, durch welche der Arm nicht geheilt und sein Zustand nicht gebessert wird, sondern ihm nur im Interesse des besseren Aussehens oder der Unterstützung der anderen Hand eine andere Gestalt gegeben wird. Wenn dieser Entscheid wirklich gefügt wurde, dann muß dem bayerischen Landes-Versicherungsamt Obd von Verlichingen eine unbekannte Persönlichkeit sein.

Die Auswanderung nimmt in ganz unverhältnismäßiger Weise zu. Es wurden befördert vom 1. Januar bis 31. März

	über Hamburg	über Bremen
1888	15 876	15 956 Passagiere
1889	18 097	17 587
1890	18 487	23 783
1891	19 606	28 628
1892	28 802	30 877

Quittung über die bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 9. bis 31. März 1892 eingegangenen Gelder.

Expedition des „Vorwärts“ 123,80 M. Expedition des „Vorwärts“ (Maison) 92,75. Aus Biebrich 1,15. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) des Verbandes der Bau-Arbeiter 75,—. Quartalsbeitrag (1. und 2. Quartal) des Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter 30,—. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) des Verbandes der Fabrik- und Handarbeiterinnen 24,—. Sportklub „Früh-Auf“ 1890 Ottenfen 12,20. „Auch wir wollen was thun“, Ottenfen 2,60. Aus Mainz (Maison) 10,—. Quartalsbeitrag (2. Quart. 92) des Verb. der Tischler 400,—. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) des Verbandes der Pflanzentz. 15,90. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) des Verbandes der Plätterinnen 1,74. Von mehreren Tapezieren, Frankfurt a. M. 8,80. Von den rothen Lohnflavien, Wahl im Elsaß 40,—. Aus Blau (Maison) 6,10. Quartalsbeitrag des Verbandes der Formstecher 15,—. Aus Friedrichshagen (Maison) 25,—. A. Dammann, Kassirer, Hamburg, Jollereiverein-Niederlage, Wilhelmstr. 13, 1.

Verfammlungen.

In der Generalversammlung des Vereins der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend hielt Benno Gahrweith Wernau einen Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte, zum Schluß die Anwesenden ermahnen, bei der Wahl der Delegirten nur solchen Personen ihre Stimme zu geben, die auch wirklich mit rechtsgültiger Vertretung der Interessen der Arbeiter vertreten. An den Vorparthei, der welchen Beisatz fand, schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, woraus eine Resolution einstimmig angenommen wurde, laut deren die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, über das Unzureichende der Arbeiter-Schiedsgerichte bez. der Gewerbegerichte ihr Bedauern auszusprechen und bei der Gewerbegerichtswahl nur solchen Kandidaten die Stimme geben zu wollen erklärte, die sich zur Arbeiterpartei bekennen und von maßgebender Seite vorgeschlagen werden. Dann beschloß der Verein, seine Versammlung das nächste Mal am 1. Mai mit kurzer Tagesordnung abzuhalten und nach Schluß derselben den internationalen Arbeiterfeiertag im Vereinslokal, Gipsstr. 3, mit Familie festlich zu begehen. Das Nähere wird durch Annonce im „Vorwärts“ am Freitag, den 29. d. M., bekannt gemacht.

Die freie Vereinigung der Weidewerker und Speicherearbeiter hatte am 17. d. M. eine Mitgliederversammlung einberufen, um die Statuten durchzubekunden und den Vorstand zu wählen. Die Versammlung war zahlreich besucht und ließen sich vor der Eröffnung noch eine Anzahl Berufsgenossen als Mitglieder aufnehmen. Das Statut fand, außer einigen kleinen Aenderungen, allseitige Annahme. In den Vorstand wurden gewählt: H. Sauer, 1. Vorsitzender; W. Otto, 2. Vorsitzender; S. Schmitz, 1. Schriftführer; F. Simke, 2. Schriftführer, und C. Münch, Kassirer. Referenten sind: Lamprecht, Bruntsche und HammeL. Mit einem dreisprachigen Hoch auf das Gedeihen des neuen Vereins schloß die Versammlung.

Der Volksbildungs-Verein von Weich nahm in seiner Generalversammlung folgenden Kassenbericht entgegen:

Ein Hochstapler der gefährlichsten Sorte stand Donnerstag in der Person des 53jährigen „Schriftstellers“ Friedrich Wilhelm Haan vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, ein Mann, der trotz seines weichen Ansehens immer noch einigen „schneidigen“ Eindruk macht, kann auf eine ebenso bewegte wie unruhliche Vergangenheit zurückblicken. Er ist zu Waldheim in Sachsen geboren, hat die Steuerlaufbahn erwählt und es bis zum Ober-Grenzaufseher gebracht. Dann ist er nach Spanien gegangen, bei den Karlisten eingetreten und hat bei diesen den Rang eines Rittmeisters bekleidet, als die Kämpfe ausbrachen. Von dieser Zeit an hat der Angeklagte ein Abenteuerleben geführt, welches ihn häufig ins Gefängnis führte. Zunächst wurde er in Wiesbaden wegen Betruges zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dann besetzte ihn das Kreisgericht zu Weß in Oesterreich wegen Hochstapels mit 8 Jahren schweren Kerfers. Die dritte Bestrafung wurde ihm durch das Landgericht zu Dresden, sie lautete auf drei Jahre acht Monate Gefängnis. Ferner ist der Angeklagte in Bayern mit 1 Jahre 8 Monaten Gefängnis und zuletzt in Leipzig wegen Falschmeldung und anderer Straftaten mit Gefängnis belegt worden. Im Januar v. J. tauchte der Angeklagte in Berlin auf. In seiner Begleitung befand sich ein 20-jähriger junger Mensch, der Oekonom Ludwig Stöckel aus München, den der Angeklagte auf seinen Irrfahrten getroffen und bewegen hat, sich ihm anzuschließen. Haan nannte sich hier Rittmeister und militärischer Schriftsteller Hillern und seinen jungen Reisebegleiter, den er für seinen Neffen ausgab, der hier die landwirtschaftliche Hochschule besuchen sollte, ließ er unter dem Namen „Schaale“ auftreten. Die Herren mieteten bei einer Familie in der Karlstraße zwei Zimmer und besonders der Angeklagte Haan wählte so viele anscheinend glaubwürdige Mittheilungen über seine Vermögenslage zu machen, daß die Vermiether sich schenten, auf Vorauszahlung zu bestehen. Die beiden Fremden hatten viele Bedürfnisse, bald war die Schuld bei ihren Wirthsleuten auf über 800 Mark angelauten: Zeit wurden sie gemahnt, aber bald hatte der Diener des Herrn Hillern ein Versehen bei der Gelbabsendung gemacht, bald war ein Transport Pferde von dem Gestüt des Herrn Hillern aus Ungarn unterwegs, sobald dieser eintreffe, würde der augenblickliche Geldmangel gehoben sein. Inzwischen hatte Haan sich wieder auf dem schon früher von ihm gepflegten Gebiete des Heirathsschwindels versucht. Eine Wittwe hatte eine Heirathsannonce veröffentlicht. Haan trat als Bewerber auf, stellte sich als österreichischer Rittmeister und Militär-Schriftsteller vor und sand Gnade vor den Augen der Wittwe. Nach der stattgehabten Verlobung erklärte Haan seiner Braut, daß er die Absicht habe, eine Reisezeitung herauszugeben. Er müsse nach München reisen, um sich den Eisenbahn-Direktoren vorzustellen und bedürfe hierzu eines Darlehns von 500 M. Seine Braut gab ihm das Darlehen um so eher, da der Angeklagte mit ihr verabredete, sie solle ihm nach einigen Tagen folgen, er wolle sie in Köln treffen, von wo sie zusammen nach Triest reisen wollten, um dort die Ehe zu schließen. Der Angeklagte bezahlte in einer Anwandlung von Großmuth von den verborgnen 500 M. an seine Wirthsleute abschlägig 120 M. und reiste dann heimlich ab, seinen bisherigen Begleiter im Stiche lassend. Nach einigen Tagen erhielt die Braut Haan's eine Depesche aus Köln, worin derselbe sie aufforderte, nach dort zu reisen. Die Braut hatte sich inzwischen bei den Wirthsleuten des angeblichen Rittmeisters nach diesem erkundigt und Dinge erfahren, welche sie veranlaßten, nicht nach Köln zu reisen. Der junge Begleiter Haan's, der angebliche Neffe Schaale, wurde in Hast genommen, er legte ein Geständnis ab und kam durch Erkenntnis des Schöffengerichts mit einer viermonatigen Gefängnisstrafe davon, da angenommen wurde, daß er vollständig unter dem Einflusse des Haan gestanden. Der Letztere wurde erst im November in Leipzig, wo er sich unter einem falschen Namen aufhielt, ergriffen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Angeklagte in der österreichischen Armee den Rang eines Lieutenant's bekleidet hat und daß er Eigenthümer eines bei Budapest belegenen Gutes ist. Dasselbe ist aber vollständig überschuldet. Vor einigen Jahren ist der Angeklagte in Ungarn eine Ehe eingegangen, die er aus mehreren Gründen aber nicht für gültig hält. Er gab an, daß er evangelisch und seine Ehefrau katholisch sei. Er sei nur nach evangelischem Ritus getraut worden, nach dortigen Gesetzen sei aber eine Ehe zwischen Personen verschiedener Konfession nur gültig, wenn die Trauung nach beiden Riten stattgefunden habe. Außerdem habe seine Ehe kaum 24 Stunden gedauert. Unmittelbar nach der Hochzeit seien die Verlobten seiner Frau von geheimer Seite über seine Vergangenheit aufgeklärt worden. Er habe sich auf und davonmachen müssen. Die Ehe mit einem Menschen, der über drei Jahre im Gefängnisse gesessen, könne nach dortigen Gesetzen jeder Zeit gelöst werden und deshalb habe er annehmen müssen, daß dies seitens seiner Frau längst geschehen sei. Staatsanwalt Unger hielt den Angeklagten für einen besonders gemeingefährlichen Menschen, der zweifellos weit mehr auf dem Kerbholze habe, wie zur Kenntniß des Gerichts gelangt sei. Er beantragte gegen denselben 4 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust und 500 M. Geldstrafe oder noch 10 Tage Zuchthaus. Das Urtheil lautete auf drei Jahre Zuchthaus, im Uebrigen nach dem Antrage.

Leipzig, 22. April. In dem Bericht über den gestrigen Standalprozess waren die Namen der Angeklagten nicht genannt. Wir sind heute in der Lage dieses nachzuholen. Verurtheilt wurden der Kaufmann Friedr. Wilh. Herm. Caseri, geb. am 5. August 1868 und der Handlungsgehilfe Karl Alfred Weder geb. am 20. Oktober 1867 zu je 2 Monaten Gefängnis, der Musikalienhändler Georg Emil Theodor Stoll, geb. am 2. Oktober 1862 zu 3 Monaten, der Kaufmann Gustav Adolf Merly, geb. am 11. Juli 1858 und verheirathet, zu 3 Monaten und 2 Wochen, die Handlungsgehilfen Friedr. Otto Müller, geb. am 28. September 1867, Carl Oscar Jacobi, geb. am 4. Juli 1862 und Max Alwin Haase, geb. am 18. Juni 1868 zu je 1 Woche Gefängnis. Der Holzbildhauer Franz Oskar Schneider, Sohn des Inhabers der Firma F. Schneider, geb. am 15. Juli 1855 und verheirathet, sowie der Kaufmann Karl Louis Adolf Schäfer, geb. am 16. Juni 1868, und der Kaufmann Ernst Richard Richter, geb. am 17. Januar 1862, wurden freigesprochen. Drei weibliche Prostituirte wurden zu je einer Woche Gefängnis, ein Friseur zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Außer diesen Angeklagten, die um die Geilheit der Zuschauer, etwa 50 an der Zahl, zu reizen, sich in obscenen Bildern zur Schau stellen, war auch ein großer Theil der theilnehmenden Zuschauer zur Verhandlung geladen, wenn auch nicht als Angeklagte, so doch als Zeugen.

Die gefälschte Kaiserquelle. Im Dezember v. J. erregte es ungemessenes Aufsehen, als bekannt wurde, daß die von dem Ingenieur Bertsch in Tölz entdeckte „Kaiserquelle“, die nach seinen Aussagen angeblich stärkste Jodquelle der Welt, verschwunden sei oder vielmehr nie existirt habe, daß Bertsch durch heimlichen Zufuh künstlicher Chemikalien diese Jodquelle selbst gefertigt habe. Der Nachrich wurde um so mehr Glauben geschenkt, als zugleich verlautete, der Entdecker der Quelle, Herr Bertsch, sei mit Hinterlassung bedeutender Schulden durchgebrannt. Der ingenieus Quellenfinder und sein Schwager, der Kommiss Sator, standen nun vorgeführt vor der Strafkammer des Landgerichts München und wurden wegen Fälschung der Tölzer Kaiserquelle mittelst chemikalischer Beimischungen, Bertsch zu 8, Sator zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

des Staats und öffentlicher Institute, so wie im öffentlichen Interesse eine Expropriation erforderlich ist, können und wollen wir nicht fördern. Wenn Sie also Rath wollen, dann wenden Sie sich an die auf den Gemeindefällen spekulirenden Schwindler, deren es genug giebt.

W. B., Nummelsburg. Im Reichstage von 1887 hatte die deutsch-freimüthige Partei 32 Sitze. Sie wollen ferner wissen, wie viel die übrigen Parteien hatten, und dann auch überhaupt, wie viel Sitze jede Partei von 1878 bis zur letzten Reichstagswahl inne hatte. Wir können doch nicht die ganze Wahlstatistik der letzten 14 Jahre für Sie besonders abdrucken. Schaffen Sie sich die statistischen Uebersichten der Wahlen zum

Deutschen Reichstag an, die bei J. H. B. Dieck in Stuttgart erschienen und auch durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ zu beziehen sind.

D. R. 41. Wegen einfacher Beleidigung können Sie mit einem Jahr Gefängnis oder mit 600 M. Geldstrafe bestraft werden; doch kann auch auf 3 M. und 1 Tag Haft oder Gefängnis herabgegangen werden. Doch brauchen Sie deshalb keine Sorge zu tragen; der „Flegel“ wird Ihnen, wenn die Sache sich so verhält, wie Sie erzählen, aber doch wohl 10 M. oder etwas darüber kosten. Der Richter wird Ihren gereizten Zustand als mildernd gelten lassen, zu gleicher Zeit aber wird er als erschwerenden Umstand den anstrengenden Dienst des Zugführers

in Betracht ziehen, dem bei der erforderlichen Schnelligkeit und Verantwortlichkeit des Dienstes und dem Andrang des Publikums gegenüber ein etwas barscheres Wesen zu gute zu halten ist, in Erwägung ziehen.

M. B. 50. Ihre Verwandte kann keinerlei Forderung erheben, und der Schwägerer derselben auch nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Zwei Streitende. Wenn Kaiser Wilhelm I. vor seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. gestorben wäre, so wäre sein ältester Sohn, der spätere Kaiser Friedrich, dessen Nachfolger geworden. Der Hinweis auf die Thronfolge nach dem Tode Friedrich des Großen ist ganz richtig.

Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Seuthstr. 2.

Im Verlage von Wörlein u. Comp., Nürnberg, erschien soeben und ist durch uns zu beziehen:

Enthüllungen
über das tragische Lebensende
Ferdinand Lassalle's
und seine Beziehungen zu
Helene von Dönniges.

Von Bernhard Becker.
Neue Bearbeitung.

80, XVI u. 232 Seiten. — Elegant in Leinen gebunden Preis 2 Mark, broschirt in 6 Heften à 25 Pf. Einbanddecke 45 Pf.

Mit dieser Neu-Ausgabe ist der Vergessenheit ein Buch entzissen worden, welches bei unseren älteren Parteigenossen noch von seinem ersten Erscheinen her (Schleiz, 1868) in schlechtem Andenken steht. Dennoch hat sich die Verlagsbuchhandlung zu einer Neuherausgabe entschlossen, da die Schrift — abgesehen von der unwissenschaftlichen Geschichtsschreibung des Verfassers — zahlreiche authentische Anekdoten von hohem Werth enthält; ferner über eine Episode aus dem Leben unseres großen Vorkämpfers Lassalle Aufschluss giebt, die für jeden Menschen ein rein menschliches, für jeden Sozialdemokraten ein besonderes parteigehistliches Interesse hat.

Wir können das Buch zur Anschaffung für Vereins- und Privatbibliotheken bestens empfehlen.

Alle Buchhandlungen, Holzporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wiederverkäufer Rabatt.

Bei Bestellungen von Auswärts ersuchen wir um gleichzeitige Ein- sendung des Betrages. (Porto extra.)



Schuhe u. Stiefel

mit Kontrollmarke

aus der „Deutschen Schuh- Fabrik“ in Erfurt sind an folgenden Stellen zu haben:

- Chr. Geyer, Oranienstr. 202.
- C. Nitschke, Kastanien-Allee 86.
- G. Zerbe, Ritterstr. 114, nahe der Fürstenstr.
- A. Anders, Gerichtstr. 82.
- H. Bath, Waldstr. 37 (Moabit).
- G. Kördel, Forsterstr. 7.
- T. Janke, Langestr. 90.
- A. Henfelder, Hermann-Platz 3.
- A. Seeger, Butlsruferstr. 41.
- W. Papke, Manteuffelstr. 31.
- J. Schülke, Büdlerstr. 14.
- Fr. Runge, Flemmingstr. 16 (Moabit).

G. Kuhlee

Waldemarstrasse 28, am Louise-Ufer, 2566b
empfiehlt Arbeitern und Parteigenossen Filz- und Strohhüte, Mützen in all. Größ., Sonnen- u. Regenschirme. Nur Hüte mit Kontrollm. Solide Preise.



Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut- gehens nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an. do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold und Silber in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.

E. Rothert & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 62. 2. Chausseestr. 78. 3. Chausseestr. 34.
Uhrmacher.



Deutsch. Reich u. Ausld. Patent angem.
Brav's Patent- Kassen-Schutz.

Genügt absolute Sicherheit gegen unbedingtes Öffnen, Eingreifen und Verändern der Kasse. In jedem (adentisch) leicht anbringen. Preis für Berlin 18 inll. An- machen. Preis für auswärtig 18 franko mit Anleitung. Erfinder und Fabrikant: **H. Brav,** Berlin S., Sebastianstraße 72.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,
SO. Oranien-Strasse 83/84. SO.

Verandt nach Auswärts.

Das Welthaus 2818 L

„Zum Prophet“

I. Etage. Dönhofsplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- u. Kommandantenstr.

Herren-Anzüge von 9 M. an
bis zu den feinsten Qualitäten vorrätzig.

Abth. I.	Anzüge	sonst 18-48 M. von 9 M. an
II.	Salon-Anzüge	30-60 " 20 " "
III.	Kammgarn	48-55 " 32 " "
IV.	Tuchhosen	6-26 " 2 1/2 " "
V.	Paletots	20-54 " 9 " "
VI.	Schlafröcke	16-30 " 9 " "
VII.	Westen	6-18 " 1 1/2 " "
VIIIa.	Anaben-Anzüge	4-10 " 2 " "
VIIIb.	Burschen	9-18 " 5 " "
VIIIc.	Jünglings	15-30 " 8 " "

„Zum Prophet“
Welthaus für Herren- und Anaben-Garderoben.
I. Etage. Am Dönhofsplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.
Versandt gegen Nachnahme.

Nur Schneider-Arbeit.

Achtung Osten!

800 Hüte mit Kontroll-Marken bei Franz Haupt, Hutmacher, Große Frankfurterstr. 145. — Da ich auch Hüte ohne Kontroll-Markte führe, bitte beim Kauf selbst unter das Leder nach der Marke zu sehen.
Schirme, Stöcke, Mützen, Kravatten. 2218 L.

Hüte 2278 L.

mit Kontrollmarke
Oskar Liskow,
47a. Oranienstraße 47a.
Ede Ludauer-Strasse.

Alle Uhren 78 L.

werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,**
Berlin N., Reinickendorferstr. 29, gegenüber der Dankes-Kirche. [25 L. Lager aller Arten Uhren, Uhrkotten

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Bauynstr. 38, u. d. Oranienplatz.

M. Panknin.
Berlin SO. 91, Abalbertstr. 91, Ede Oranienstr.
Putz- und Modewaaren.
Trauerhüte in [2242 L. großer Auswahl.

Marken u. quittiren von **Parlei- Beiträgen**
empfehlen allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Str. 13.**
Preisliste gratis und franco.

Hutfabrik A. Lange, Braunes-Str. 136-37. Filz- u. Seidenhüte m. Kontrollmarken. Gr. Lager in Sonnen- u. Regenschirmen, sowie Strohhüte und Mützen. Billige Preise.

Martin Klein, 1476 L.
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.** Reparaturen zu soliden Preisen.
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
C. Tausendfreund, Fehrbelliner-Strasse No. 78, nahe Weinbergsweg. [2066 L. Solide Arbeit. Billige Preise.

Das weltbekannte **Bettfedernfabrik-**
Lager von **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 43, versendet gegen Nachn. (nicht unter 10 M.) garantiert neue vor- züglich fallende Bettfedern, Bund 55 Pf. Halbdannen, das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdannen, das Pfd. 1,75 M., vorzüglichste Daunen, das Pfd. 2,75 M. Von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum größten Oberbett. 2258 L. Verpackung wird nicht berechnet.

Sämmtl. mit **Hüte** Kontroll- markte.
Hut-Fabrik
Rud. Beisse, Chausseestraße Nr. 70, partiers. Größte Auswahl.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Schuhwaaren-Lager. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.
H. Müller, 80, Schlesischestr. 3.

Friedrichshagen.
Empfehle den Genossen mein [2263 L. Cigarren-Geschäft.
M. Wartmann, Friedrichstraße 122.
Schuhe und Stiefel mit Kontroll- Marke emp.
Fr. Staeger, Grimmstr. 42. [2280 L. Eine möbl. Schlafst. Admiralstr. 40a, v. 3 Tr. r. bei Jagrenbruch, für 1-2 Herren. Separater Eingang, Aufsicht Kottbufer Platz, Preis 7,50 M. [2568 L.

Unserem Genossen 452/5
Bernhard Raabe
zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch von den Mitgliedern des Vefelklub „Nord“.

Unserem Regelbruder 299b
Otto Schwarzbürger
zum heutigen Wiegenfeste ein dreifaches „Gut Holz“!
Regelklub Nahe.

Allen Freunden, Genossinnen und Genossen die traurige Nach- richt, daß mir am Donnerstag Mittag meine liebe Braut **Martha Heise** nach kurzem schweren Leiden durch den Tod entzissen wurde.
Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr von der Halle des Michaelis-Kirchhofes statt.
Um stille Theilnahme bittet
2565b **H. Bokermann.**

Achtung, Maurer!
Zur Gründung einer Baugenossen- schaft können sich noch Theilnehmer melden bei **F. Meyer, Maurerpolier,** Müllerstr. 168, v. 4 Tr., **M. Krause,** Tiedstr. 1, v. 1 Tr. 2558b

Schützenhaus, Fürstenwalde,
3 Minut. vom Bahnhof, täglich 16 Jäger. Mitten im Birken- und Kiefernwald gelegen, großer Garten, 500 Sitzplätze, 2 Regelbahnen u. empfiehlt sich den Herren Ausflüglern angelegentlich Karte erwünscht. Ortsübliche mäßige Preise.
2526b **Otto Haupt.**

Creptow.
Restaurant M. Bender
3 Min. hint. Paradies-Garten. Erstes Lokal links a. d. Chaussee, bei Partien erste Station. Jeden Sonntag: Tanz, wozu ergebenst einladet **M. Bender.**

Köpenick.
Allen Freunden und Genossen zur gefl. Nachricht, daß ich Schönerlinde- straße 36 (am Kirchhofsweg) ein **Weiß- und Gairisch-Bierlokal** eröffnet habe, für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt. Ein Zimmer für Vereine und Jahstelle ist zu vergeben. [2292b
Ad. Schulz, Gastwirth.

Feuerwerk! Bengalslam., Raketen u. **A. Klimm,** 663M. Rathhausstraße 1.

Größtes Lager Berlins **Anderwagen, Andreasstr. 23 D.F.**

Flaschen und Kruten
mit und ohne Patent-Verschluss liefert **Carl Erdmann, Annenstr. 17/18.**
Man fordere Preislisten. 492M

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Ein- ziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Glückenstr. 10 II. r.** Auch Sonntags.
Eine freundl. Schlafstelle nach vorn findet Genosse **Chamisso-Platz 7.** [2539b
Ein möbl. Zimmer oder Schlafstelle f. 2 H. bei Selig, **Bälowsstr. 53, 2. D. 5. Hg. IV.** 2577b

Forbmacher, tüchtige, auf Gartenmöbel, sucht sofort [2574b] **Bruder, Postenstr. 50.**

2545b **Fräzer** sucht die Knopffabrik **Glückenstraße 24**
Out-Garnierinnen auf feine und weiche Hüte für sofort oder später verlangt [2817b] **Deutsche Hutfabrik, Pappel-Allee 8/4.**

Tüchtige Rodarbeiter sucht [2556b] **Ruben, Neue Grünstr. 38.**
Steinmen. **Schreibauer** sowie auch einen Lehrling verlangt **M. Jabel, Schön- hauser Allee 163.** 2567b
Schneiderin, die selbst zuschneidet, verlangt **Pofamentiergeschäft** Reich- bergstraße 29. 2562b